

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich: 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die fechtgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Betriebs- und Verbandsanzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 13. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quertreibereien.

Die Frankfurter „Vollstimme“ veröffentlicht kürzlich eine Zuschrift, betitelt „Zentralisation und Zersplitterung — eine deutsche Parteifrage“. Im Anschluß an die Organisationsbestrebungen für die Provinz Brandenburg wird darin der Berliner Arbeiterbewegung „überspannte Zentralisation“ und unter Bezugnahme auf gewerkschaftliche Vorgänge „Zersplitterung und Disziplinlosigkeit“ vorgeworfen und die Partei zur Abhilfe gegen „geistige und physische Schwächung der Arbeiterbewegung“ aufgerufen.

„Überspannte Zentralisation“ und noch viel Schlimmeres will der Verfasser jener in Frankfurt erschienenen Klagen bei dem Organisationsplan für die Provinz Brandenburg entdeckt haben.

Wie steht es damit?

Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg hat seit Jahren die Vorlegung eines Organisationsstatuts für die Provinz Brandenburg für wünschenswert erklärt. Die im Jahre 1904 zwecks Ausarbeitung und Vorlegung eines solchen Statuts von der Provinzialkonferenz eingesetzte Kommission legte im vergangenen Jahre Anträge vor, die unter Anlehnung an die durch die Praxis erprobten Verhältnisse und an das in Jena beschlossene neue Parteistatut verschiedene Satzungen vorschlugen. Ihr Hauptinhalt war: Organisation der einzelnen Wahlkreise, Förderung der Agitation auf dem Lande durch die Agitationskommission für die Provinz und Anbahnung eines Bezirksverbandes der Provinz Brandenburg. Der Kommissionsentwurf wurde von der am 15. Oktober 1905 abgehaltenen Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg gutgeheißen und gleichzeitig die Agitationskommission beauftragt, mit Vertretern aller 26 Kreise in Verbindung zu treten, damit ein Bezirksverband der Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin) geschaffen und ein Entwurf der nächsten Provinzialkonferenz vorgelegt werde. Dieser Kommission wurde auch ein Antrag des Kreises Brandenburg als Material mitüberwiesen, der Vorschläge für eine Organisation der 26 Kreise enthielt.

Die von der Provinzialkonferenz eingesetzte Kommission hat ihre Vorarbeit in zwei Lesungen, zwischen denen die Beratung der Vorschläge in den einzelnen Kreisen lag, erledigt. In beiden Sitzungen ist mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit eine Vorlage für die Provinzialkonferenz gutgeheißen worden, deren Grundzüge nachstehend skizziert sind:

Die achtzehn Kreise der Provinz Brandenburg schließen sich unter dem Namen „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg“ zu einem Verband zusammen, der mit dem Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin ein Kartellverhältnis bildet.

Aufgabe des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg ist: die Förderung aller gemeinsamen Parteinteressen der 18 Wahlkreise, und zwar durch Vorbereitung aller Wahlen und Aktionen, an denen die Partei beteiligt ist, Veranstaltung von Versammlungen und Herausgabe von Flugblättern, die gemeinsamen Parteinteressen dienen, und die Kontrolle der drei Parteiblätter „Märkische Volksstimme“, „Brandenburger Zeitung“ und „Fadel“.

Der alljährlich zu wählende Vorstand dieses Verbandes der 18 Provinzialkreise setzt sich aus je einem Delegierten der 18 Wahlkreise, aus je einem Mitgliede der Provinzialkommission der „Märkischen Volksstimme“ und der „Brandenburger Zeitung“ und aus einer eklektischen von Groß-Berlin zu wählenden Agitationskommission zusammen. Dieser Vorstand wählt einen geschäftsführenden Ausschuß, welcher gemeinsam mit der Agitationskommission die Geschäfte leitet und monatlich mindestens einmal tagt.

Alljährlich vor dem deutschen Parteitag findet eine Provinzial-Parteikonferenz statt, zu der jeder Zentralwahlverein bis drei Delegierte entsenden kann, außerdem haben Sitz und Stimme der geschäftsführenden Ausschüsse der Provinz Brandenburg, die Agitationskommission, der Aktionsausschuß Berlin sowie Abgeordnete und Kandidaten der Kreise. Aufgaben der Provinzialkonferenz sind: Entgegennahme des Jahresberichts der Agitationskommission und Provinzialkommission, Beschlußfassung über Parteifragen und gemeinsame Aktionen.

Die Parteigeschäfte in den Kreisen werden von den Kreiswahlvereinen selbständig geregelt, wo das aus eigener Kraft nicht möglich ist, mit Hilfe der Agitationskommission.

So die Grundzüge der neuen Organisation. Die Vorberatungen über diesen Entwurf waren ebenso wie die auf den Provinzialparteikonferenzen vorgebrachten Organisationsforderungen von dem lebhaften Wunsch getragen, eine Organisation zu schaffen, die unter Ausbau des in der Praxis Erprobten die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen in der Provinz und die Organisation der einzelnen Kreise fördert. Soweit eine Organisation allein diese Zwecke fördern kann, dürfte der in der Vorberatung von allen Praktikern vorgeschlagene Weg dies Ziel zu erreichen vermögen. Keiner der mit der Vorberatung beauftragten Parteigenossen würde gegen einen Vorschlag sein, der für die Agitation und Organisation zweckdienlicher wäre.

Gegenüber dem obigen Kartellverhältnis wurde in den Vorbesprechungen und in der Provinzpresse vorgeschlagen, die sämtlichen 26 Wahlvereine zu einem Verband nach Art des Verbandes von Groß-Berlin zusammenzuschließen. Gegen solchen Vorschlag wurden die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Kreise angeführt. Von den 18 Landkreisen dürften höchstens 4 Kreise als solche anzusehen sein, die ihre Agitation selbständig zu betreiben vermöchten, und auch bei diesen sei hin und wieder tatkräftige Unterstützung durch Groß-Berlin nicht ganz zu entbehren und stets in opferwilligster Weise geleistet worden — es sei an das durch Entsendung von Hilfskräften und Zahlung erheblicher Summen bei der letzten Frankfurter Wahl erfolgte Einspringen der Berliner Genossen erinnert. Die Berliner Genossen haben in jahrelanger „angemessener“ Arbeit mit den Genossen der Provinz bewiesen,

daß sie es als ihr Recht und ihre Pflicht erachten, für die Förderung der sozialdemokratischen Agitation besonders auf dem Lande Opfer zu bringen. Die zu diesem Zweck gemachten Geldaufwendungen der Berliner Genossen mögen in den letzten Jahren durchschnittlich jährlich etwa 30 000 Mark und darüber betragen haben. Ein Verband für die gesamte Provinz, schematisch in derselben Weise wie der Groß-Berliner Verband aufgebaut, ist zur Zeit aus praktischen Gründen und im Interesse der Selbständigkeit der Landkreise ebenso wenig wie ein Gesamt-Zentralwahlverein für die gesamte Partei durchführbar. Die Schlagsfertigkeit Groß-Berlins müßte bei einer einheitlichen Zusammenschmelzung mit den Provinzialkreisen leiden. Durch eine schematische Zusammenwerfung der wirtschaftlich und politisch völlig verschieden gelagerten Kreise würde das selbständige Leben der einzelnen Kreise nicht gefördert, sondern erstickt oder zum Scheinleben herabgedrückt werden. Nimmt man eine Gegenseitigkeit zwischen Berlin und der Provinz an, die ja tatsächlich nicht besteht, so würde eine solche Organisation die Selbständigkeit der Provinzialkreise völlig vernichten; denn die rund 50 000 Mitglieder von Groß-Berlin würden die 12—15 000 Mitglieder der Provinz jederzeit überstimmen können. Für eine Organisation, die im wesentlichen auf Förderung und Unterstützung der minder leistungsfähigen Kreise abzielt, darf nicht ein schablonenhafter, bürokratischer Wegweiser maßgebend sein, für eine den Parteinteressen dienliche Organisation muß als Leitmotiv bestimmend sein: wie kann an der Hand der praktischen Erfahrungen für die Verbreitung und Vertiefung der sozialdemokratischen Bestrebungen unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Kreise am besten gewirkt werden? Daß ein dahin abzielender Entwurf für die Provinz Brandenburg zustande gekommen ist, hat insbesondere gerade bei den Vertretern der kleineren Provinzialkreise lebhafteste Befriedigung erregt.

Um so auffälliger sind die Auslassungen in dem Artikel in der Frankfurter „Vollstimme“ vom 30. Juni. Dort wird in einer geradezu unerhörten Art der aus der ersten Lesung hervorgegangene Entwurf als der Ausfluß einer Idiotenhaftigkeit oder Speichelleckerei der Genossen aus der Provinz und einer „gewissen Unaufrichtigkeit“ der Berliner Genossen hingestellt. Der Verfasser des Artikels behauptet, der im Auftrage der Provinzialkonferenz vorbereitete Entwurf sei ein „Versuch, die ganze Provinz Brandenburg unter Berliner Kuratel zu stellen“. Es sei der erste Schritt dazu, ganz Preußen „an Groß-Berlin oder genauer der Berliner Agitationskommission auszuliefern“. Das „merkwürdigste“ sei, daß die brandenburgischen Wahlkreise mit dem Entwurf sich einverstanden erklärt haben; nur der Kreis Brandenburg habe eine lebhafteste Gegenagitation entfaltet. Als Grund für die Zustimmung der Provinzvertreter führt der Verfasser bescheiden an: „Entweder haben nun die Vertreter der Provinzialkreise den Entwurf nicht genau gelesen oder sie sind so dankbar für die finanzielle Unterstützung Berlins, daß sie es nicht über sich gewannen, zu widersprechen“. Der Gedanke, daß unsere Genossen in der Provinz oder gar die von Berlin die Interessen der Partei bei ihren Beratungen im Auge haben und aus praktischer Arbeitstätigkeit heraus in Parteifragen handeln könnten, liegt dem offenbar praktischer Parteitätigkeit fremden Verfasser völlig fern. Nachdem der Keimmalneutweise derart unsere tätigen Genossen und Vertrauensleute auf dem Lande Idioten und Speichelleckern gleichgestellt hat, zieht er über die Berliner her. Er meint:

„Ganz besonders peinlich wirkt in dem Entwurfe eine gewisse Unaufrichtigkeit, die die wahren Tendenzen verbirgt“. Was führt er nun zur Begründung seiner Zielfschätzung der Genossen Berlins und der Provinz Brandenburg an? Nach seiner Behauptung würden die Parteigenossen der Provinz nichts, die Berliner alles zu sagen haben. Wenn der Entwurf ausgeführt wird, dann „ist die Selbständigkeit der 18 Brandenburgischen Wahlkreise gebrochen. Die Provinz ist entmündigt. Ein paar Leute in Berlin machen alles.“

Solche unfinnige Behauptung könnte der sich sicher hochschätzende Verfasser des Artikels nicht aufstellen wagen, wenn er nicht zunächst die von und oben wiedererlebene grundlegendende Bestimmung, daß die Parteigeschäfte in den einzelnen Wahlkreisen von den Kreiswahlvereinen selbständig geregelt werden, unter sich lag. Ebenso unterläßt er eine Mitteilung über die Aufgaben des Provinzverbandes. Doch damit nicht genug, der Hauptkern des Herrbildes, das der Verfasser von dem Organisationsplan gibt, liegt in folgendem Ragout, das er den Lesern der Frankfurter „Vollstimme“ zu bieten wagt: Der Vorstand des Bezirksverbandes bestche ja freilich aus 20 Provinzgenossen und 11 Berlinern (Agitationskommission). Aber — der Vorstand habe keinerlei Befugnisse. Die „einzige Aufgabe“, heißt es in dem Artikel, „die dieser Vorstand und (soll wohl heißen: als) Beweis von Berliner Bescheidenheit und Hochherzigkeit hat, ist nämlich... einen geschäftsführenden Ausschuß (§ 4) zu wählen, und über diesen § 4 hat man gar nicht diskutiert; er ist allerdings auch weder bescheiden noch hochherzig, sondern vielmehr von einer Hinterhältigkeit, die man unter Parteigenossen nicht für möglich halten sollte. Er lautet nämlich ganz harmlos: „Der Vorstand wählt einen geschäftsführenden Ausschuß, welcher gemeinsam mit der Agitationskommission die Geschäfte leitet und monatlich mindestens einmal tagt.“

In dieser Bestimmung wittert der ebenso hochherzige und bescheidene wie kluge und nicht hinterhältige Artikelverfasser furchtbares Drachengest — weil die Mitgliederzahl des Ausschusses im Entwurf fehlt. „Es ist“, schreibt er, „einzigtartig in der Geschichte unserer Organisationsstatuten, daß die Zahl der Mitglieder dieses Ausschusses, der nun die eigentliche Parteiregierung (!) der Provinz ist, nicht erwähnt wird. Aus guten Gründen nicht. Denn... die Verfasser des Entwurfs rechnen

natürlich damit, daß die Berliner Agitationskommission als geschäftsführender Ausschuß der Provinz Brandenburg die Geschäfte allein leitet“.

Das äußerste an „Berliner Monopolgelüsten“ bildet nach dem Verfasser die Zusammensetzung des Brandenburgischen Provinzialparteitages. Die Provinz werde durch 64, Groß-Berlin durch 24 Delegierte vertreten. Aber man habe nicht darauf hingemerk, daß auf dem Parteitage auch der Berliner 14gliedrige Aktionsausschuß und die Agitationskommission Sitz und Stimme haben sollen. Die Provinz könnte 70 Stimmen aufbringen. In Wirklichkeit bringen sie niemals mehr als einige 40 Stimmen auf.

Sie haben geglaubt, den vorstehend skizzierten Frankfurter Artikel niedriger hängen zu müssen, da er bislang in der Frankfurter „Vollstimme“ noch nicht widerufen und für die Tätigkeit gewisser nicht „hinterhältiger“ Leute kennzeichnend ist. Eine eingehende Widerlegung erübrigt sich für jeden, der den oben geschilderten Sachverhalt kennt. Es sei gegenüber den mehr als albernem Anfährungen des Artikels nur auf einige Punkte hingewiesen: Die Provinz hat ihre Angelegenheiten nach dem Statutenentwurf völlig selbstständig zu regeln. Die Berliner haben durch das Statut lediglich Pflichten, nach keiner Richtung hin Rechte erhalten und werden sich die Ausübung ihrer Parteipflichten, zurückgebliebene Provinzialkreise zu fördern, durch Anwälte wie sie in der Frankfurter „Vollstimme“ erschienen sind, nicht beeinträchtigen lassen. Die Zahl des Ausschusses ist vom Vorstand festzusetzen; in diesem haben die Provinzler die Mehrheit (20 gegen 11 Stimmen). Wenn man also unter Parteigenossen mit dem Artikelverfasser der Frankfurter „Vollstimme“ von einer Uebervorteilung der einen Gruppe Parteigenossen durch eine andere bei Gestaltung der Organisation reden wollte, so ließe sich behaupten, die 50 000 Berliner würden durch die 15 000 Provinzler „entmündigt“, weil durch den Vorstand und Ausschuß die Provinz dekretieren könnte, was die Berliner zu leisten hätten. Zu solchen unfinnigen Vorwürfen, daß ein Parteivert, der lediglich Pflichten auf sich nimmt, die Kreise, denen er in opferfreudigster Weise seither geholfen hat und weiter helfen will, die Selbständigkeit rauben wolle, kann nur ein Genosse kommen, der glaubt, allein parteigenössliches Empfinden zu besitzen und die Erfüllung parteigenösslicher Pflichten seiner Genossen als die Ausgeburt schwärzester Niedertracht und boshafter Hinterhältigkeit erachtet.

Und wie liegt es mit der Vertretung auf dem Provinzialparteitag?

Jedem Kreise sind drei Delegierte gesichert, das macht für die Provinz 64, für Berlin 24 Delegierte. Die Vertretung auf der letzten Provinzialkonferenz war folgende: Von 78 zuständigen Mandatären waren 70 vertreten. Davon entfielen auf die Provinz 48, auf Berlin mit den beiden Vorortkreisen 24. In dem Entwurf ist an der bisherigen Vertretung nichts geändert. Aber, meint die Frankfurter „Vollstimme“, die bösen Berliner hätten per se dem 14gliedrigen Aktionsausschuß Sitz und Stimme eingeräumt. Er „vergibt“ zu erwähnen, daß auch der 20köpfige Vorstand des Provinzverbandes Sitz und Stimme erhält, also den 15 000 Genossen der Provinz noch mehr als früher das Uebergewicht über die 50 000 Berliner gesichert ist.

Was kann der Zweck des Artikels der Frankfurter „Vollstimme“ sein? Der Artikelverfasser spielt mit den Tatsachen Taktspielerei aus, um vor den Berlinern gaulich zu machen. Es kann nicht Zufall sein, daß solche Anwürfe gegen die Berliner Genossen seit mehreren Monaten, einige Zeit vor dem Parteitag, in die Welt gesetzt werden. Es kann hinter diesem Artikel nur jemand stecken, der seine Aufgabe in der Vertiefung der Parteigenossen erblickt.

Die Ausführungen, die der Verfasser in dem anderen Teil seines Artikels macht, atmen dieselbe Tendenz. Tadeln der Verfasser die von ihm konstruierte zu starke Zentralisation der politischen Organisation, so rüffel er die Berliner wegen ihres mangelnden Eingreifens der politischen Partei gegen Zersplitterung auf gewerkschaftlichem Gebiete — mal so, mal so, wie's gerade trifft. Die politische Organisation in Berlin macht der Artikel für die „Zersplitterung und Disziplinlosigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete“ verantwortlich. Den Berlinern wird eins ausgewischt, weil sie es noch nicht fertig gebracht haben, den Streit zwischen Lokalfisten und Zentralverbänden von Partei wegen zu beseitigen. Die „Wesentlichste Metallarbeitergründung“, heißt es, sei „von seiten der Partei mit solcher Unsicherheit und Sanftmut behandelt, daß sogar der verständliche Verdacht entstand, einflußreiche Parteigenossen begünstigten sie insofern“. Erst neuerdings sei „aus der Masse der Partei eine starke Opposition gegen diesen gewerkschaftlichen Verrat erwachsen“. Die gleiche schwankende und unentschiedene Haltung nahm die Partei auch gegenüber den Arbeitern in der Brunnensstraße ein.“

Entgegen der Darstellung in der Zuschrift an die Frankfurter „Vollstimme“ ist die Wahrheit die, daß die Parteiinstanzen ihrerseits alles getan haben, um der Zersplitterung entgegenzuwirken und leider vergeblich ein erfolgreiches Einschreiten der gewerkschaftlichen Organisation anrufen hat. Der Widerwille, von dem der bescheidene Verfasser gegen wahrheitsgemäße Darstellung von ihm kritizierter Vorgänge befeelt ist, hat ihn auch die Mitteilung unterzögeln lassen, daß die Gewerkschaften aus faulstem ökonomischen Gründen ersucht hatten, in der Brunnensstraße-Angelegenheit es bei einer Rüge bewenden zu lassen, und daß die bekannte Resolution auch von den Gewerkschaftsvertretern eingebracht und beschworen wurde.

Nicht auf gemeinsame Parteiarbeit, sondern auf Zersplitterung innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsbewegung drängen solche schriftstellerischen Ergüsse, wie jene Zuschrift aus Groß-Berlin

an die Frankfurter „Volkstimme“. Aus dem gesamten in Selbstüberhebung schwebenden Artikel spricht deutlich die demagogische Tendenz, unter dem Schein eines Wächters der Prinzipien der Partei und unter völliger Verleumdung der Tatsachen, Parteioffenheiten gegen einander zu hegen. Der Verfasser appelliert an die rückständigen Instinkte der Voreingenommenheit kleinbürgerlicher Provinzialer gegen Berlin. Er vergißt dabei nur, daß unsere Parteigenossen in Deutschland nicht rückständige Kleinbürger, sondern Sozialdemokraten sind, die die Niedrigkeit einer derartigen Hege und Quertreiberei gegen die Berliner Genossen zu wahren wissen. —

Die Revolution in England.

Neue Judenhetzen?

Warschau, 11. Juli. Heute haben zahlreiche jüdische Familien die Stadt verlassen, da ein Gerücht in Umlauf kam, daß am morgigen Peter- und Pauls-Tage ein Pogrom stattfinden solle. Alle Flüge sind überfüllt; es herrscht große Erregung. Es wird gesagt, die Behörden hätten sich für maßlos erklärt, infolge der durch die jüngsten Mordtaten gegen Schächler eingetretenen Desorganisation der Polizei.

Von Berlin aus —

Petersburg, 12. Juli. (W. S.) Trotz Dementis behaupten einige Blätter, daß von Berlin aus die Anregung zu einer Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren gegeben wurde. Der Zar habe jedoch bisher darauf nicht geantwortet.

Warschau, 12. Juli. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Bis heute mittag war die Ruhe hier nicht gestört; fast alle jüdischen Läden sind geschlossen, der Verkehr ist gering. Die Erregung hat gestern bis spät in die Nacht angehalten; Tausende von Juden haben die Stadt, mit der Eisenbahn und Dampfern, zum Teil auch zu Wagen, verlassen. Am späten Abend veranstalteten die jüdischen Zeitungen Extraausgaben, die auf Grund von Versicherungen des Oberpolizeimeisters die jüdische Bevölkerung beruhigten.

Petersburg, 12. Juli. Nach Meldungen aus Logonog und Elisabethgrad ist die Lage dort eine höchst ernste. Trotz der beruhigenden Erklärungen der Behörden wird der Ausbruch von Judenhetzen stündlich erwartet. Alles flüchtet.

Ein stolzer Minister.

Petersburg, 12. Juli. (W. S.) Der Kriegsminister beschloß, in der Duma keinerlei Interpellationen betreffend Aufhebung der Todesstrafe mehr zu beantworten.

Zwei Parlamente.

London, 12. Juli. Das Unterhaus fand gestern abend folgendes Telegramm an die russische Reichsduma:

„226 Mitglieder des Ältesten Parlamentes der Welt entbieten dem jüngsten Parlamenten Glück und hoffen, Vertreter desselben bei dem interparlamentarischen Kongreß in Westminster zu empfangen.“

Tschukin tot.

Admiral Tschukin, der Kommandierende des Schwarzmeer-Geschwaders, auf den — wie wir gestern mitteilten — in Sewastopol von einem Matrosen ein Attentat verübt wurde, ist seiner Verwundung erlegen.

Maria Spiridonowa.

Wir lesen im Schweizer „Peuple“:

Maria Spiridonowa ist zusammen mit vier anderen Gefangenen nach Sibirien geschickt! Der Gefangenenträger, der sie zum Bahnhof brachte, war von Dragonern umgeben. Die Menschen, die sich auf dem anderen Bahnhofsplatz befanden, riefen ihr zu: „Auf Wiedersehen! Den Mut nicht verlieren!“

Maria Spiridonowa antwortete: „Auf Wiedersehen! Wir werden bald zurück sein.“ (!) . . .

Die Sympathien aller Menschen begleiten das edle Mädchen in die sibirische Eiswüste.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli.

Zum Wahlsieg in Altona-Frerlohn.

Aus dem Wahlkreis Altona-Frerlohn wird uns noch geschrieben:

Unser Wahlsieg in Altona-Frerlohn bedeutet vielmehr eine Niederlage der Freisinnigen als des Zentrums. Nur solche Annahme und Herrschaft konnte das Zentrum bewegen, ernsthaft die Hand nach diesem Wahlkreis auszustrecken. Litten die Führer der Freisinnigen des Kreises nicht an einer phantastischen Kurzsichtigkeit, so hätten sie nicht eine Selbstkastrierung durch ihre Stichwahlparole begangen. Sie glaubten allerdings, mit dieser Parole recht schlau zu handeln. Sie kalkulierten, nur durch einen Zufall sei das Zentrum diesmal in die Stichwahl gekommen, das werde sich aber nicht wiederholen und 1908 würden sie, die Freisinnigen, den Stichwahlkampf wieder mit unserer Partei anzufechten haben und dann mit Hilfe des Zentrums fliegen. In der Bewißheit, daß es so kommen werde, trafen sie schon Vorbereitungen für die nächste Wahl, sie stellten ihren Kandidaten Müller wieder auf und dokumentierten damit unzweifelhaft, daß sie von dem von den Nationalliberalen angestrebten Wahlkompromiß nichts wissen wollten. Mit dem Zentrum wollte es diese Partei nicht verderben und dem Zentrum zu Liebe waren die Stichwahlaufrufe der freisinnigen Parteileitung noch ordinärer gegen unsere Partei gehalten als ihr Kampf zur Hauptwahl. Für das Madrider Attentat wurde unsere Partei verantwortlich gemacht, und der bekannte „Stolz im Sterben“-Artikel in das Kampffeld gerückt. Die leitenden Personen des Freisinn waren mit ihrer Sache so sicher, daß ihre Publizisten dem Zentrumskandidaten 22—24 000, unserem Genossen Haberland aber nur etwa 12 000 Stimmen vindizierten. Diese schlechten politischen Resultate dachten keinen Augenblick daran, daß sich in eigenen Lager stille Rebellion regen könne. Sie dachten nicht daran, daß die Aufforderung, den Wahlkreis dem Zentrum auszuliefern, dem freisinnigen Truppen kosten mußte, die sich bei der nächsten Wahl für sie wahrscheinlich nicht wieder einfänden werden. Nun, das Ergebnis der Stichwahl hat die Richtigkeit dieser Annahme bestätigt.

Die Zentrumsprophezei, die „religiöse Verheißung“ habe den Sieg des Zentrums verhindert. Diese Annahme ist aber falsch. Die Religionsfrage hat gerade in diesem Wahlkampf keine besondere Rolle gespielt, weil — sich das Zentrum hüten mußte, damit Krebsen zu gehen. Die Hauptursache, weshalb ein beträchtlicher Teil der freisinnigen Wähler für Haberland stimmte, liegt in der Eigenartigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Wahlkreises begründet. Ein gut Teil der freisinnigen Wähler besteht aus Arbeitern, die das sind, was der frühere Abgeordnete des Kreises, Venzmann, zu sein behauptete: „Sozialdemokraten“. Sie fanden den Weg zur Partei nicht völlig, weil sie sich vielfach noch der Illusion hingeben, einmal „selbständig“ werden zu können. Die Kleinindustrie übt hier einen starken Einfluß auf die politische Parteikonstellation aus. Die Klein-

gewerbetreibenden wollen zwar meist nicht Sozialdemokraten sein, aber sie hassen das Brotpapier. In religiöser Hinsicht sind sie vielfach in freidenkerischen Traditionen aufgewachsen. Hier haben wir die Erklärung dafür, weshalb die Mehrzahl der freisinnigen Wähler keinen Augenblick daran dachte, der Stichwahlparole ihrer Parteileitung zu folgen. Eugen Richter hat es prächtig verstanden, an dem Sarge seiner Partei zu zimmern, seine Epigonen erweisen sich als gelehrtge Schüler.

Offenlich legen unsere Parteigenossen im Kreise alles daran, um die nicht zum besten bestellte Organisation gut auszubauen, damit die Agitation kräftig einsetzen und der Wahlkreis in Zukunft behauptet werden kann.

Die Kulis kommen!

Die Doppelzüngigkeit des Zentrums, das alle Kolonialforderungen bewilligt und dadurch bei allen Kolonialstreitigkeiten tätige Mithilfe leistet, dafür aber von Zeit zu Zeit in Lamentationen ausbricht über die Kulturfeindlichkeit der Kolonialpolitik, haben wir wiederholt gekennzeichnet. Augenblicklich ist wieder mal die Zeit der Bewußtseinskur da. Gegenüber der Behauptung der „Alldeutschen“, daß das Deutsche Reich eine Expansionspolitik treiben müsse, weil es durch einen jährlichen Ueberschuß an Geburten um 800 000 Einwohner zunehme und nicht in der Lage sei, diese alle im Inlande zu ernähren, weist die „Germania“ darauf hin, daß

„wir schon seit 20 Jahren Kolonien besitzen, welche insgesamt etwa viermal so groß sind, als das Deutsche Reich, daß alle diese Kolonien zusammen jedoch noch keine 5000 deutschen Kolonisten aufnehmen könnten, und daß diejenigen, welche sich dort aufhalten, zum weitaus größten Teil noch heute vom Mutterlande ernährt werden müssen. In Deutschland selbst jedoch liegen noch große Gebiete kulturfähigen Landes brach, welche Millionen von Menschen ernähren könnten, wenn man dafür nur den zehnten Teil des Geldes aufwenden wollte, welches jetzt alljährlich für die Kolonien ausgegeben wird.“

Und weiter nennt das tapfere Blatt als mindestens hypothetischen Grund, weshalb diese „echt nationale heimische Kulturarbeit“ in maßgebenden Kreisen so wenig Beachtung findet:

„vielleicht weil bei ihr der Anreiz fehlt, der an anderer Stelle für die sogenannten „Kolonialshorror“ gegeben ist, wo sie Millionen für Lieferungen, Provisionen und Konzessionen in die Tasche stecken können.“

Auch fehlt nicht in der Kapuzinerpredigt der „Germania“ der Hinweis darauf, daß alljährlich Hunderttausende von ausländischen Arbeitern (Polen, Russen, Galizier und Italiener) eingeführt werden, und daß gleichwohl angeblich ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften in ganz Deutschland besteht trotz aller Bevölkerungszunahme.

Alles recht schön und gut. Aber das Zentrum als ausschlaggebende Partei hat es ja in der Hand, der Kolonialpolitik die Mittel zu verweigern und die Regierung dadurch zu jener heimischen „echt nationalen“ Kulturarbeit zu zwingen. Warum tut es das nicht?

Indessen, nicht dieser schon oft gekennzeichnete Jesuitismus veranlaßt uns darauf einzugehen, sondern eine weitere Mitteilung, die das Blatt bei dieser Gelegenheit der „Frankfurter Zeitung“ entnimmt, und die wie folgt lautet:

„Aus Hannover. In den letzten Wochen haben Hamburger und Bremer Agenten für landwirtschaftliche Stellenvermittlung Regier als Arbeiter den Landwirten angeboten und auch zugesagt. Ein Landwirt im Hessechen erhielt kürzlich mit einem Transport Arbeiter vier Regier, einem anderen Landwirte in einem Orte in Südhannover wurden zwei weibliche Schwarze als Tierfütterer zugesagt. Ein Gutsbesitzer in Landkreis Altona telegraphierte vor einigen Tagen an einen Vermittler in Hamburg um drei Mann, anderen Tages erhielt er eine Zuschrift, daß das gewünschte Personal mit einem bestimmten Zuge aus dem Bahnhofe Vastorf eintreffen werde. Der Gutsbesitzer fuhr mit einem Gespann zum Bahnhof, um das neue Personal abzuholen. Er traf dort zwei Regier und eine Regierin an, die ihm ein Schreiben des Vermittlers überbrachten und sich als die engagierten Hilfskräfte vorstellten. Der Gutsbesitzer nahm die drei Schwarzen in Stellung. In der Provinz Hannover, wo die Landwirte ganz besonders um Dienstpersonal in Verlegenheit sind, da die neue Del- und Kallindustrie viel männliches Personal beansprucht, ist man fast nur noch auf ausländische Arbeiter angewiesen. So kommt es denn, daß einzelne Gebiete, die sonst von niederländischen Bauern bebaut sind, heute eine ganz internationale Bevölkerung aufweisen. Zum Beispiel zählt das Dorf Wisburg bei Hannover 8000 Polen, andere Ortshäfen im Galenbergschen haben mehrere hundert Galizier, Kroaten und Serben. Auch die Industrie hat eine starke ausländische Bevölkerung in die Provinz Hannover gebracht.“

Diese Mitteilung ist ein weiterer Beweis dafür, wohin die Kolonialpolitik führt und zu wessen Gunsten sie unternommen wird. Bei den Ansprüchen, welche die Agrarier vor allem an die Bedürfnislosigkeit und Untertunigkeit „ihrer“ Arbeiter stellen — wir schülberten sie neulich eingehend an der Hand eines konservativen Gewerbetreibenden — werden ihnen die Regier, die sich vorläufig noch alles gefallen lassen, gerade recht kommen. So geht die Kolonialpolitik nach beiden Seiten auf Kosten des deutschen Arbeiters: er muß sie bezahlen und zum Dank bringt sie wilde ins Land, die ihm die Hebung seiner Lage auf längere Zeit unmöglich machen. —

Deutsches Reich.

Die preussische Wahlrechtsänderung. Das Gesetz betreffend Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Haupte der Abgeordneten ist nunmehr im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden und tritt mit dem 1. Oktober 1908 in Kraft. Durch die Wahlrechtsänderung, die nicht nur das schimpfliche Dreiklassenwahlrecht unangetastet ließ, sondern ebenso nicht einmal eine neue Wahlkreisgeometrie konsequent durchführte, wird die Zahl der Abgeordneten um zehn, nämlich von 433 auf 443 vermehrt. Vier dieser neuen Abgeordneten entfallen auf Berlin. Es hätten demzufolge im Winter Wahlen stattzufinden. —

Zur Reichstagsnachwahl in Kinteln-Hofgeismar-Wolfhagen.

Kassel, den 11. Juli.

Nur noch eine Woche trennt uns vom Wahltage, den 20. Juli. Da dürfte es angebracht sein, den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes zu skizzieren. Die Reihe des Grafen Reventlow war kaum erkaltet, da ging die Valgerei um seine Nachfolgerschaft in den antisemischen Lagern bereits los. Die Deutsch-Sozialen erhoben schließlich den Bürgermeister Herzog von Obernkirchen auf den Schild, die antisemischen Reformen den Kasseler Rentner Helmerich. Ersterer fand die Zustimmung des Bundes der Landwirte und erhielt auch den Segen der konservativen Kandidaten. Herr Helmerich hat den Vorzug, ein reicher Mann zu sein, bedeutet also für die Reformen, die jetzt unter der Firma „Freidenklich“ den Wahlkampf führen, eine brillante Akquisition, denn so voll sie den Mund nehmen, so leer sind, wie Joma erzählt, ihre Geldbeutel. Den „Kampf“, den die Antisemiten untereinander führen, ist geradezu ekelhaft. Die Herrschaften

bedürzten sich gegenseitig Liebeswürdigkeiten, die sich gewaschen haben. Der „Vorwärts“ hat ja bereits einige Beispiele angeführt und dazu bemerkt, daß beide Antisemitenlager recht haben in der gegenseitigen Einschätzung.

Für die Nationalliberalen kandidiert der Handelskammerpräsident Dr. Rode aus Hannover, für die „Freisinnigen“ aller Schattierungen der Berliner Rechtsanwalt Köhlig. Die sozialdemokratische Partei hat wiederum den Parteigenossen Oscar Wetterlein von Helmshausen aufgestellt.

Bis auf unsere Partei, die im Wahlkreise an Händen und Füßen gebunden ist, entfalten alle Parteien eine nie zuvor dagewesene Versammlungstätigkeit. Der Kreis selbst, um das nebenbei festzustellen, ist ein wahrgenommener Musterwerk. Die Kreise Hofgeismar und Wolfhagen sind unmittelbar im Norden, Westen und Süden dem Kasseler Kreis angegliedert. Der Kreis Kinteln ist indessen räumlich vollkommen getrennt von den genannten Kreisen, er liegt zwischen Verford, Hameln und Minden! Von Kassel aus hat man weit bessere Eisenbahnverbindungen nach Varnet, Hamburg, Frankfurt und Berlin als nach Kinteln. Die Nationalliberalen und Deutsch-Sozialen haben in Kinteln und Hofgeismar Wahlbüros errichtet, die eine äußerst intensive Wahlagitation entfalten. Beide Parteien haben ihre Sekretäre und verschiedene Abgeordnete im Kreise. Tag für Tag finden Versammlungen der Nationalliberalen statt, täglich sechs bis acht Versammlungen halten die Deutsch-Sozialen ab. Der Abg. Lattmann stellt seinen Kandidaten Herzog täglich in mindestens zwei Versammlungen vor. Die Touren sind so arrangiert, daß eine Versammlung nachmittags, eine abends stattfindet.

Die deutsch-soziale Kandidatur ist sozusagen die offizielle, von den Behörden approbierte, und man darf wohl sagen, daß der amtliche Dorfapparat nahezu lückenlos für den Bürgermeister Herzog in Bewegung gesetzt worden ist, zweifellos aber wird. Demgegenüber ist unsere Partei nahezu wehrlos. In nur sechs Wahlorten, darunter vier nur recht kleinen, stehen uns Säle für Versammlungen zur Verfügung. Sowie Genosse Scheidemann in einer deutsch-sozialen Nachmittagsversammlung den Abg. Lattmann und seine Partei in die richtige Beleuchtung gerückt hat, gibt es in den gegnerischen Versammlungen nur noch höchstens fünfzehn Minuten Redezeit. Zumeist erfahren wir von diesen Versammlungen erst dann, wenn sie stattgefunden haben, da sie zumeist nur wenige Stunden zuvor durch die Ortschelle bekannt gemacht werden, in anderen Fällen aber jede Benachrichtigung unterbleibt, da von sozialdemokratischen Organisationen in manchen Orten nur die dürftigsten Spuren vorhanden sind.

Trotz der trostlosen Zustände ist es der Partei 1908 in diesem kleinbäuerlichen Wahlkreise gelungen, mehr als 3400 Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten an die Wahlurne zu bringen.

Das Wahlergebnis der Hauptwahl im Juni 1903 war folgendes:

Antisemit Reventlow	6426 Stimmen
Sozialdemokrat Wetterlein	3488
Nationalliberal	2154
Freisinnige Volkspartei	748
Zentrum	542

In der Stichwahl siegte dann der Antisemit mit 9543 Stimmen, unser Genosse erhielt 4030 Stimmen. —

Kriegervereins-Politik.

Die Kriegervereine treiben bekanntlich nach wiederholter offizieller Erklärung keine Politik. Tatsächlich ist jedoch ihr Zweck, wenn man von der Alkoholverteilung absieht, ein rein politischer; denn unter der „Pflege des vaterländischen Gefühls“ verstehen die Dirigenten der Kriegerverbände nichts anderes als die Erhaltung der Vereinsmitglieder in mordspatriotisch-konservativen Anschauungen und den Kampf gegen die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie. Einen neuen Beweis dafür liefert die „Hess.-Korresp.“, das Organ des Kriegerbundes der deutschen Landes-Kriegerverbände. Das Blatt wendet sich in einem „Preischaus“ zu gemeinsamer Arbeit überschriebenen Artikel an seine Leserschaft mit der Aufforderung, die jetzige parlamentslose Zeit zur Agitation gegen die Sozialdemokratie zu benutzen, damit diese bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder triumphiere, wie 1903.

In kaum 2 Jahren finden wieder die allgemeinen Reichstagswahlen statt, und auf die gilt es für die bürgerlichen Parteien, sich mit aller Macht zu rüsten. Dazu ist aber gerade die parlamentslose Zeit außerordentlich geeignet, da während der Parlamentszeit die ganze Aufmerksamkeit von der gegenwärtig zur Frage stehenden Politik in Anspruch genommen zu werden pflegt. Freilich wird mancher sagen, bis zu den Wahlen sind es noch volle zwei Jahre, also noch eine lange Zeit, und das wird leider nicht nur gesagt, sondern man handelt auch häufig danach. Und doch zeugt es von ungläublicher Kurzsichtigkeit, von trauriger Gleichgültigkeit der bürgerlichen Parteien, daß sie aus ihren Niederlagen fast gar nichts lernen. Die Reichstagswahl erfordert an Vorbereitungen eine solche Menge Kleinarbeit, so viel haben müssen zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien herüber und hinüber gesponnen werden, daß es die höchste Zeit ist, mit einer planmäßigen Vorbearbeitung zu beginnen. —

Die „Post“-Klatsche.

Die „Post“ hat endlich eine Antwort auf unsere Rottz „Post“-Gefasel (in Nr. 158 des „Vorwärts“) gefunden. Ihr Geschwätz von einer „nationalistisch-ökonomischen“ Richtung a la Wehring-Stadthagen entschuldigend sie mit einem Trudelfehler, „Nationalistisch“, behauptet sie, hände statt „materialistisch“. Vermünftiger wird dadurch ihr Geschwätz nicht. Doch das ist Nebensache; wichtiger erscheint uns, daß sie ihren verschiedenen früheren Fälschungen eine neue hinzufügt. Wir hatten ausgesprochen, daß allem Anschein nach die „Post“ aus Parteikreisen mit Mitteilungen über interne Parteivorgänge versorgt werde, daß der Informator aber kein Eingeweihter sein könne, da zwischen halb- und viertelrichtigen Angaben der „Post“ sich nicht selten Aeußerungen befänden, die eine geradezu zum Spott herausfordernde Einfältigkeit verrieten.

Diese letzteren Aeußerungen unterschlägt mit der ihr eigenen bekannten Wahrheitsliebe die „Post“ und tut so, als hätten wir zugegeben, daß sie vorzüglich über die Verhältnisse unserer Partei unterrichtet sei. Sie drückt nur folgenden Satz aus unseren Ausführungen ab:

„Wehring schon ist und aufgefallen, daß die „Post“ hin und wieder Artikel und Notizen bringt, aus denen sich ergibt, daß sie aus Parteikreisen (d. h. sozialdemokratischen) inspiriert oder richtiger mit Mitteilungen über interne Vorgänge in der Partei versorgt wird.“

Und knüpft daran dann folgende Bemerkung: „Damit wird bestätigt, wie zutreffend unsere Mitteilungen über sozialdemokratische Verhältnisse sind. Im weiteren Verlaufe des Artikels verfährt dann aber das beim „Vorwärts“ chronische Polizeibelirium dazu, die Möglichkeit anzunehmen, daß die politische Polizei uns informiere. In Verbindung mit dem Vorstehenden ergibt sich daraus, daß auch die politische Polizei nach Ansicht der „Vorwärts“-Redaktion recht gut informiert sein muß über Vorgänge aus der Sozialdemokratie.“

Höher kann man die Verlogenheit kaum treiben. Das ist die vielgerühmte Anständigkeit eines Organs des „nach Bildung und Verstand maßgebenden Bürgertums“! Eine feine Sorte. —

Der Schiffschein.

Wir sahen gestern, wie die „Kreuz-Zeitung“ die Regierung der Niederlande scharf zu machen sucht — selbstverständlich gegen die

Sozialdemokratie. Inzwischen hat sich der Schleifstein von Holland südwärts über Ungarn nach Deutschland zurückgedreht.

Der magyarische Reichstagsabgeordnete Day soll zu seinem serbischen Kollegen Dr. Polli im Privatgespräch gesagt haben:

„Du bist der Geilteste und Intelligenteste unter den Serben. Deshalb werden wir dein Mandat annullieren; denn Du bist der Gefährlichste unter Deinen Kollegen! Wir werden schon einen Grund finden. Ich werde eine prinzipielle Frage aufwerfen, deren Entscheidung dein Mandat unmöglich machen wird.“

Das imponiert der „Kreuz-Zeitung“ natürlich ganz gewaltig, und sie schreibt:

„Berlin, 11. Juli. Ist das sozialdemokratische Programm mit dem deutschen Reichs- und Staatsgedanken, mit der Stellung eines Mitgliedes des deutschen Reichstages vereinbar? Wäre es nicht zulässig, sozialdemokratische Reichstags-Mandate als solche für unzulässig zu erklären, und zwar durch den Reichstag selbst?“

Als Kronzeugen läßt sie gleich ein großes Tier aufmarschieren:

„Als der ungarische Justizminister Polonhi um seine Meinung über die Zulässigkeit eines derartigen Vorgehens befragt wurde, soll er, wie ungarische Blätter berichten, die Überprüfung eines Parteiprogrammes durch das Parlament oder dessen Ausschluß vom politischen Gesichtspunkte aus als ein gefährliches Präjudiz für alle Zeiten und für jede einzelne Partei erklärt haben. Indessen wollte er doch eine Ausnahme machen hinsichtlich solcher Parteiprogramme, die sich, wie das anarchische, gegen die Existenz des Staates überhaupt, oder wie das sozialdemokratische gegen das Privateigentum, richten.“

Geradezu verblüffend ist der Schluß, mit dem die „Kreuz-Ztg.“ ihr feines Artikelchen krönt:

„Justizminister Polonhi ist in jeder Hinsicht ein Mann nach dem Herzen des deutschen Freisinnigen. Wird in Ungarn durchgeführt, was er angedeutet hat, die Annullierung von Mandaten, deren Inhaber Anarchisten oder Sozialisten sind, durch das Parlament selbst, so erwägen vielleicht die deutschen Freisinnigen und Demokraten, ob auch in Deutschland der Weg gangbar ist, auf den ihr Gesinnungsgenosse in Ungarn hingewiesen hat.“

Wir nennen diesen Schluß verblüffend nicht etwa aus dem Grunde, weil hier die deutschen Freisinnigen und Demokraten so — sagen wir einmal: eigenartig gewertet werden. Diese konservative Auffassung verblüfft uns nicht; denn unsere lieben Freisinnigen und Demokraten haben sie sich ehrlieh und redlich verdient.

Verblüffend ist nur, daß die „Kreuz-Zeitung“ glaubt, es nicht lange nötig zu haben, sich der anderen bürgerlichen Parteien zu versichern! Nationalliberale und Zentrum, bei denen — das muß man wohl oder übel zwischen den Zeilen lesen — versteht es sich nach der Auffassung der „Kreuz-Zeitung“ von selbst, daß sie dafür zu haben wären, jene Day-Polonhi-„Idee“ zu erwägen.

Daß die ganze Frage — nebenbei bemerkt — eine Verfassungsveränderung ersten Ranges ist, daran sieht sich die konservative „Hüterin der Verfassung“ keinen Augenblick. Hat sie auch nicht nötig; denn sie weiß nicht erst seit gestern und heute, daß Zentrum und Nationalliberale den Konservativen mit Vergnügen Schleppenträgerdienste leisten, wenn es gegen die verrückte, vogelfreie Sozialdemokratie geht. In den holden Dreißigern sollen nun noch „die deutschen Freisinnigen und Demokraten“ eintreten. Mögen sie der freundlichen Einladung Folge leisten. Uns würde auch das nicht wundern oder gar schrecken. Wir sind auf alles vorbereitet, und die Zahl unserer Gegner wäre schließlich das Letzte, was uns imponieren könnte.

Was wird der Schleifstein morgen schärfen? —

Oberschlesische Polizisten, Staatsanwälte und Richter.

In Oberschlesien werden immer noch von Polizeibeamten sozialdemokratische Wahlflugblattverteiler festgenommen und ihrer Flugblätter beraubt, unbekümmert um die gesetzlichen Bestimmungen, welche solche Flugblattverbreitung zu Wahlzeiten ausdrücklich freigeben. Das zeigte auch die neulich stattgehabte Nachwahl im Kreise Weiten-Larnowitz wieder in zahlreichen Fällen.

Wie solche ungeschickliche Handlungen von den Vorgesetzten der Polizeibeamten geahndet werden, mag unter vielen anderen Fällen hier einer zeigen. Der Amtsvorsteher in Broslawitz (Kreis Larnowitz) hatte vier sozialdemokratische Flugblattverteiler verhaften und in sein Bureau bringen lassen, wo er ihnen die Flugblätter abnahm und sie dann gnädigst wieder laufen ließ. In der gegen diese grobe Ungeschicklichkeit beim Vandalen des Kreises Larnowitz, Grafen v. Limburg-Stürum erhobenen Beschwerde wurde beantragt, den Amtsvorsteher zur Rechenschaft zu ziehen und ihm aufzugeben, sofort die ungeschicklich beschlagnahmten Flugblätter zurückzuliefern. Das war einige Wochen vor der Wahl. Ein paar Wochen nach der Wahl erhielt der Beschwerdeführer folgende Antwort vom Landrat:

„Nachdem mir der Herr Amtsvorsteher in Broslawitz angezeigt hat, daß er die beschlagnahmten Flugblätter zur Verfügung gestellt hat, sehe ich Ihre Beschwerde als erledigt an.“

Die Flugblattverteiler, die in Königshütte wohnen, dürfen also die gültig „zur Verfügung“ gestellten Flugblätter aus dem etwa 30 Kilometer entfernten Broslawitz sich selber abholen. Damit ist die Sache erledigt.

Auch gutgesinnte Bürger beteiligen sich in Oberschlesien gern an der ungeschicklichen Wegnahme sozialdemokratischer Wahlflugblätter, und was solchen Leuten geschieht, davon mag der nachstehend geschilderte Fall zeugen.

Einem sozialdemokratischen Wahlflugblattverteiler entlich in Königshütte ein „angesehener“ Bürger und Hausbesitzer sein Paket mit Flugblättern gewaltsam und lief mit den Worten: „Die wahren jetzt in den Ofen“ davon. Er weigerte sich auch einem Polizeibeamten gegenüber, die entwendeten Blätter wieder herzugeben, weshalb eine Strafanzeige wegen Diebstahls gegen den dreisten Dieb erstattet wurde. Die Anzeige erfolgte am 14. Mai, aber erst am 10. Juli erhielt der Anzeigende vom Amtsanwalt folgenden Bescheid:

„Auf ihre Anzeige vom 14. Mai gegen den Automatenbesitzer Karl Willimski wegen Diebstahls teile ich Ihnen mit, daß ich nicht in der Lage bin, gegen Willimski einzuschreiten und deshalb das Verfahren eingestellt habe. Es ist nicht anzunehmen, daß der Beschuldigte die für ihn ganz wertlosen Flugblätter dem Verteiler derselben in der Absicht weggenommen hat, um sich dieselben anzueignen und zu behalten. Willimski, welcher ein großer Gegner der Sozialdemokratie ist, wollte offenbar nur das Verteilen der Flugblätter verhindern. Die Flugblätter befinden sich noch in dem Besitze des Beschuldigten, so daß auch eine Sachbeschädigung nicht vorliegt.“

Eine höhere Instanz wird zu prüfen haben, ob der milde Amtsanwalt recht behält. Daß dem Dieb das entwendete Gut nicht wertlos erschien, sagt der Herr Amtsanwalt selbst in der Erklärung, daß er nur (1) die Verteilung der Flugblätter verhindern wollte. Uebrigens könnte selbst ein ober-schlesischer Amtsanwalt wissen, daß „gewinnfüchtige Absicht“ beim Diebstahl nicht mehr vorzuliegen braucht und nach geltendem Recht der Diebstahl kein Bereicherungsvergehen ist.

In diesen Tagen fanden wieder fünf sozialdemokratische Flugblattverteiler vor dem Schöffengericht in Beuthen angeklagt, durch Verteilen von Flugblättern auf öffentlicher Straße an einem Sonntag eine „öffentlich bemerkbare Arbeit“ geleistet zu haben.

Sie wären deshalb in eine Polizeistrafe von je 10 M. ev. fünf Tagen Haft genommen und hätten gerichtliche Entscheidung beantragt. Die Weisungsaufnahme ergab, daß die Leute nach Beendigung des Gottesdienstes an die aus der Kirche kommenden in ruhiger Weise Flugblätter verteilt hatten. Das Gericht sprach die Angeklagten von der Verteilung der Verstromungsverordnung frei, beurteilte sie jedoch „wegen groben Unfugs“, und zwar den „Nabelsführer“ (wörtlich!) zu zehn, die übrigen zu je sechs Mark Geldstrafe. In der Begründung heißt es, daß die Kirchgänger sich durch die Verteilung der Flugblätter belästigt, in ihrer Aufmerksamkeit für die Predigt stark gestört gefühlt haben könnten und zum Teil auch gefühlt hätten. Das aber sei grober Unfug.

Wie mögen diese feinfühligsten Richter wohl einen Geistlichen beurteilen, der nicht wie die Sozialdemokraten nach dem Gottesdienst auf der Straße, in anständiger Weise, sondern während des Gottesdienstes in der Kirche, von der Kanzel herab, für einen Reichstagskandidaten agitiert und seine politischen Gegner in der frechsten Weise herabsetzt? —

Militärische Erziehung!

Strasbourg, 10. Juli. (Sig. Ver.)

Ein fürchterlicher Unfall, der sich in der hiesigen Garnisonsschwimmhalle ereignet hat, wirft wieder ein großes Schlaglicht auf die im ganzen militärischen System blinder Unterordnung einerseits und starrer unbegrenzter Herrschaft andererseits begründete Erziehungsmethode. Ein zum Schwimmunterricht „freiwillig“ Gemeldeter vom sächsischen Infanterieregiment 105 zeigte dem feuchten Element gegenüber nur wenig Vertrauen. Anstatt aber den Schüler mit Ruhe und Verkunst zu behandeln, traktierte ihn der aufsichtführende Sergeant derauf, daß der Kerne in die größte Aufregung geriet. Schließlich sah der Schwimmlehrer selbst ein, daß es das Beste sei, von einer Fortsetzung des Unterrichts abzusehen. Da kam er aber bei dem Sergeanten schlecht an. Es wurde ihm der Befehl erteilt, den übermüdeten Soldaten noch „Wasserschladen zu lassen“. Diesen Befehl vernahm das bedauernswerte Opfer und geriet darüber in solches Entsetzen, daß es sich verzweifelt an die Leine klammerte, die nun dem Lehrer entglitt oder — nach Aussagen anderer — zerriß. Der Schwimmlehrer sprang dem in die (an dieser Stelle sehr tiefe) 21 Untergegangenen nach, konnte ihn auch noch unter Wasser erwischen, allein er hatte selbst Mühe sich zu retten, da der Soldat in seiner wahnsinnigen Angst den Tauchenden krampfhaft festhielt. So wurde nach zwei Stunden der Soldat als Leiche geborgen!

Es ist wohl begreiflich, daß dieser Vorfall die größte Erregung in der ganzen Stadt hervorrief, obwohl man sich Mühe gab, ihn zu verheimlichen, indem man die Leiche erst in der Nacht in die Stadt verbrachte. Eine gerichtliche Untersuchung mußte selbstverständlich eingeleitet werden.

Der Tote hatte sich „freiwillig zum Schwimmen gemeldet“. Das ist die offizielle Wahrheit, die allerdings schon mit seiner Angst vor dem Wasser sehr wenig harmonisiert. Und in Wirklichkeit hat es auch mit dem „freien Willen“ nicht gerade sehr viel auf sich. Es ist ja festgelegt, daß nur freiwillig sich Meldende am Schwimmunterricht teilzunehmen haben, und im Anfang des Sommers meldet sich auch eine größere Zahl. Da aber die Schwimmschüler von dem Unterricht viel weniger Annehmlichkeit als Quälereien brutaler Art haben, nimmt die Zahl schnell ab. Nun legt indes jede Kompanie ihre Ehre darin, eine möglichst große Zahl Schwimmer zu besitzen, so daß das Ausbleiben von Antwoorten auf die Fragen nach den sich freiwillig Meldenden die Herren Unteroffiziere sehr verstimmt. Es entwickelt sich daher folgendes Spiel: Der Unteroffizier stellt die Frage an seine Abteilung. Keine Antwort. Darauf interpelliert er einen Mann: „Ja, Müller, Sie haben doch früher mitgemacht! Wollen Sie nicht mehr teilnehmen?“ Der Angeredete, der noch des früheren Unterrichts mit gewissen Gefühlen denkt, aber die Aufforderung nicht direkt abzulehnen mag, brummt nur eine unverständliche Bemerkung vor sich hin, auf die der Vorgesetzte also reagiert: „Natürlich machen Sie mit! Schreiben Sie auf, Müller freiwillig gemeldet!“

Wir pläbieren keineswegs für eine allzu strenge Bestrafung des schuldigen Unteroffiziers. Denn wir sind uns voll und ganz bewußt, daß nicht er der eigentlich Schuldige ist. Schuldig ist vielmehr die zur Sicherheit des Vaterlandes für unentbehrlich gehaltene übertriebene Kadaver-Disziplin, die zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nie ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens aufkommen läßt, dagegen bei geistig nicht hochstehenden und meist wenig gebildeten Chargierten äusserst leicht den Mißbrauch ihrer fast unbefchränkten Dienstgewalt erzeugen muß. Es ist gewiß keine bloße Nebensache, wenn wir immer wieder die Kunde der „bedauerlichen Einzelfälle“ ablehnen und das System anklagen! —

„Chicago“ im Kleinen.

In der Industriestadt Duisburg ist man am vergangenen Sonnabend einem schauungshaften Handel mit „unreinem“ Fleisch auf die Spur gekommen, der lebhaft an die Chicagoer Wurst-Schweineerei erinnert. Der Fleischermeister Robert Priester bezog schon seit längerer Zeit aus dem Junker-Dorado Elftal auffallend viel „Därme“, so daß die Duisburger Steuerbehörde auf den Gedanken kam, es müsse sich hinter den als „Därme“ deklarieren Sendungen noch etwas anderes verbergen. Als nun am 7. d. M. wieder eine solche Sendung eintraf, wurde die Polizei verständigt, die dann in Begleitung einiger Steuerbeamten und eines Tierarztes die Sendung beschlagnahmte, als der Bahnspediteur sie an den Adressaten abliefern wollte. Bei der Untersuchung stellte sich nun heraus, daß die Sendung statt der angeblichen Därme unreines Kalbfleisch enthielt. Es soll sich sogar um Fleisch von noch nicht einmal ausgetragenen (!) Kälbern handeln. In seiner ersten Bestürzung hat Priester gestanden, daß außer ihm noch eine ganze Anzahl anderer Fleischer ebenfalls das billige Fleisch (a Pfund 35 Pf.) aus Ostpreußen beziehen und gleich ihm zur Wurstfabrikation verwerteten. Inwiefern dies richtig ist, wird hoffentlich die Untersuchung klären. Vielleicht wird hier eine Schweineerei im großen Stille aufgedeckt. Als Absender ist ein gewisser W. Rang in Luppshoven bei Tilsit angegeben. Wie verlautet, soll aus Briesen und Neuhungen, die bei Priester beschlagnahmt sind, hervorgehen, daß ein Teil der ekelhaften Ware aus Rußland stammt. —

Hänge-Peters besigt wieder einmal die Unberkorenheit, in „Ordnungsblättern“ seine werle Person in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er behauptet, Nebels Anschuldigung, daß er einen Diener deshalb habe hinrichten lassen, weil er mit seiner Konkubine geschlechtlichen Verkehr gepflogen habe, sei unwahr gewesen. Diese Frechheit des Hänge-Peters ist bezeichnend für den Mann! Lautete doch das Urteil des Disziplinardienstes in Leipzig am 15. November 1897 dahin, daß es der Gerichtshof als erwiesen erachtet habe, daß Peters den Diener Mubruh habe hinrichten lassen, weil er ihn im Verdacht hatte, mit seinen Weibern sexuellen Verkehr gepflogen zu haben.

Wir haben außerdem vor einigen Monaten erst die ganzen gerichtlichen Schurkereien des Peters eingehend behandelt.

Trotzdem wagt es der Mann, jetzt gegen Nebel solch unberschämte Anschuldigungen zu erheben. Und zahlreiche „Ordnungsblätter“ stellen ihm ihr Papier für seine Schwindereien zur Verfügung! —

Kassationshofen.

Am 17. Juni behaupteten das „Reich“ und die „Staatsbürgerzeitung“, dem Genossen Stadthagen sei in Volksversammlungen und im Reichstage vorgehalten, daß er an den gemagtesten Getreidespekulationen sich fortgesetzt beteiligt habe, Stadthagen habe selbst die Getreidespekulationen zugegeben. Beide Blätter ließen später die Behauptung fallen, daß Stadthagen selbst das Verbrechen vorgehalten sei. Getreidespekulationen verübt zu haben, und daß er diese Prozelat zugestanden habe. Sie behaupteten nun, in einer Versammlung im Jahre 1902 sei eine dahingehende Behauptung aufgestellt worden, ihr sei nicht widersprochen, also sei sie erwiesen. Später druckten beide Blätter die Behauptung der in Stettin erscheinenden antisemitischen „Hochwacht“ ab, Stadthagen habe im Jahre 1891 bei einer Firma Goldschmidt in Getreide spekuliert. Rummeher geben dieselben Blätter, ferner die „Post“ der „Tegeleer Anzeiger“, die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Erzählung der „Deutschen Hochwacht“ wieder:

„Zu den Getreidespekulanten der Firma Abraham Goldschmidt gehörte im Jahre 1891 Arthur Stadthagen, der sozialdemokratische Abgeordnete für den Kreis Niederbarnim, mosaischer Dissident. In jenen Jahren hatten wir eine erhebliche Pause in allen Getreideforten, die namentlich hervorgerufen war durch das tolle Treiben des Herrn Blumenfeld, des früheren Mitinhabers der Berliner Getreidefirma Ritter und Blumenfeld. Herr Stadthagen hatte sich „schlecht engagiert“, denn er hatte „gefigt“, also verkauft; er spekulierte auf niedrige Roggenpreise, zahlte also zu den Baiffespekulanten. Die Roggenpreise stiegen aber weiter, und Herr Stadthagen mußte sein mehrere hundert Tonnen ausmachendes Engagement zu hohen Preisen später eintreten, so daß er einen ziemlich hohen Verlust hatte. Stadthagen hatte bei Abraham Goldschmidt einen Wechsel laufen, der schließlich fällig wurde und bezahlt werden sollte. Da schrieb Herr Stadthagen aus Hannover (1893), er befände sich augenblicklich auf einer Agitationstour und hoffe in Kürze die Angelegenheit regeln zu können! Wovon sollte die Sache wohl geregelt werden? — so wird sich jeder unwillkürlich fragen.“

Genosse Stadthagen hat darauf den genannten in Berlin erscheinenden Blättern folgende Verichtigung zugeben lassen:

Auf Grund des § 11 des Reichsdruckgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender Verichtigung:

In R. . . Ihrer Zeitung schreiben Sie mir durch Wiedergabe eines mir erst aus Berliner Zeitungen bekannt gewordenen Artikels der in Stettin erscheinenden „Deutschen Hochwacht“ das Verdienst zu, in den neunziger Jahren oder zu einer anderen Zeit dadurch auf eine Herabsetzung der Preise für Brotgetreide gewirkt zu haben, daß ich Getreidespekulationen auf niedrige Roggenpreise bei einer Firma Goldschmidt vorgenommen hätte. Dies Verdienst muß ich leider ablehnen. Ebenso sind die weiteren in dem Artikel über mich verbreiteten Behauptungen unwahr. Mit der genannten Firma habe ich Anfang der neunziger Jahre insofern in Verbindung gestanden, als ich für einen meiner damaligen Klienten bei jener Firma bestehende Differenzen zu erledigen hatte und erledigt habe.

Berlin, den 12. Juli 1906.

Arthur Stadthagen.

Ausland.

Frankreich.

Dreyfus freigesprochen.

Paris, 12. Juli. Der Kassationshof hat das vom Kriegsgericht in Rennes gegen Dreyfus ausgesprochene Urteil ohne Verweisung vor ein anderes Gericht aufgehoben. Der Kassationshof erklärt, es stehe fest, daß das Vorderamt von Esterhazy geschrieben worden ist, und daß die Anklage, soweit sie sich auf das Vorderamt bezog, nur auf Hypothesen beruhe. Ueberdies wurden vor der Verhaftung Dreyfus' mehrere Spionage- und Landesverratsverbrechen begangen, an denen Dreyfus erwiesenermaßen unschuldig war. Das Urteil spricht Dreyfus von allen gegen ihn erhobenen Anklagen frei. — Die Entscheidung soll im Amtsblatt und in fünfzig weiteren Zeitungen, deren Auswahl Dreyfus anheimgestellt wird, veröffentlicht werden.

Der Ministerpräsident Sarrien kündigte an, die Regierung habe beschlossen, dem Parlament eine dringliche Vorlage zu unterbreiten, monach Oberst Picquart wieder in den früheren Stand eingesetzt und zum Range eines Brigadegenerals befördert, und monach ferner Dreyfus, der kraft Rechts durch Rehabilitierung wieder ins Heer aufgenommen sei, zum Range eines Eskadronschefs vorgeschlagen werden soll. — Der Abg. Pressens hat an die Regierung das Ansuchen gerichtet, Dreyfus zum Ritter des Ordens der Ehrenlegion zu ernennen. Pressens wird morgen bei der Regierung und in der Deputiertenkammer den Antrag auf Ausschluß der an den Fällungen schuldigen oder beteiligten Offiziere aus dem Heere stellen. Er wird ferner beantragen, diejenigen dieser Offiziere, die Ritter des Ordens der Ehrenlegion sind, wegen Unwürdigkeit vor den Ordenrat zu stellen und den Beschluß des Ordenrates aufzuheben, der ihn (Pressens) seinerzeit, weil er an der Verteidigung des Dreyfus teilgenommen hatte, aus den Reihen der Ehrenlegion strich.

In Erwiderung auf die Gesuche mehrerer Deputierten hat die Regierung erklärt, sie werde die Initiative ergreifen, um in allen französischen Gemeinden das Urteil des Kassationshofes zum öffentlichen Anschlag zu bringen. Die Vorlage wegen Wiedereinsetzung Picquarts und Dreyfus' in ihre militärischen Stellungen wird Donnerstag abend im Ministerrat dem Präsidenten Fallières zur Unterschrift vorgelegt; sie soll dann morgen in der Deputiertenkammer eingebracht und sofort zur Beratung gestellt werden. Sobald sie — wie man sicher erwartet — angenommen wird, will die Regierung auch für die sofortige Erledigung im Senat eintreten, damit die Angelegenheit ohne Verzug geregelt wird. —

Kapitalistischer Staatsabsolutismus.

Paris, 11. Juli. (Sig. Ver.)

Die gestrige Debatte über die Amnestie drehte sich hauptsächlich um die wegen des Streiks gemagregelten Briefträger. Das Ministerium hatte es abgelehnt, sie in die Amnestie einzubeziehen. Der Arbeitsminister Barthou, der diese schlechte Sache zu vertreten hatte, trübte sich namentlich auf das sophistische Argument, daß die Amnestie die Anerkennung des Streikrechts der Staatsangestellten bedeuten würde, das die Kammer doch während des Streiks bestritten habe. Genosse Sembat erwiderte darauf schlagend, daß eine Amnestie, die Mörder oder Brandstifter begnadigt, doch auch nicht das Recht auf Mord und Brandstiftung anerkenne! Das Streikrecht der Staatsangestellten, das die Sozialisten natürlich in der bevorstehenden Verhandlung verteidigen würden, sei hier doch nicht in Frage.

Die Regierung erhielt die Majorität. Das von den Sozialisten beantragte Amendement, das die Wiedereinsetzung aller Gemagregelten forderte, wurde mit 366 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Die Radikalsocialisten stimmten zu einem großen Teil mit den Sozialisten.

Mit Recht sagt Rougnat heute in der „Humanité“, daß

Zur Diskussion über den Massenstreik.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Die allgemeine Ueberraschung der Parteigenossen, denen in den Protokollbesprechungen vom 21. Januar, 18. März und 1. Mai der Versuch eines Massenstreiks als schließliche Steigerung der preussischen Wahlrechtsdemonstrationen von den meisten Referenten angedeutet war und die nun erfahren, daß niemals an etwas anderes gedacht war als an eine Diskussion dieses in irgend einer revolutionären Zukunft mal vielleicht anwendbaren Mittels, — diese Ueberraschung suchen Sie dadurch zu beseitigen, daß Sie in der letzten Nummer des „Vorwärts“ meine unbeträchtliche Person als einen Revisionsisten der schauernden Offenlichkeit preisgeben. Ich glaube nun, daß das Vergnügen, einen neuen Revisionsisten entdeckt zu haben, nicht die Parteigenossen für jene Ueberraschung und Enttäuschung entschädigt und die Lage des Diskussionsradikalismus um nichts verbessert. Ich verzichte deshalb auch, um diese ernsteste Vorfrage nicht in der Ableitung auf das persönliche Gebiet einer Auseinandersetzung zwischen amtierenden und gewesenen „Vorwärts“-Redakteuren verwirren zu helfen, auf eine ausführliche Zurückweisung des gegen mich gerichteten Artikels. Nur ein paar tatsächliche Feststellungen glaube ich der Stellung schuldig zu sein, die ich so viele Jahre hindurch eingenommen habe.

Erstens: Meine Auffassungen über den politischen Massenstreik habe ich vor Jena in einer Reihe von Artikeln im „Vorwärts“ dargelegt. Ich war gegen den Generalstreik als ein leeres, müßiges Diskussionsobjekt für irgend eine blaue Zukunft, ich war jedoch für den Generalstreik als ein mögliches Machtmittel zur Verteidigung oder Erringung unmittelbarer politischer Rechte (wie in Hamburg II). Man vergleiche z. B. meinen Artikel vom 6. September 1905. In der Resolution von Jena konnte ich eine Anerkennung meiner Auffassung begrüßen, und in den Vorgängen und Ankündigungen der preussischen Wahlrechtsbewegung mußte ich, wie alle anderen, den Versuch einer praktischen Anwendung jener Auffassung vermuten. Wenn jetzt freilich der „Vorwärts“ zu der von mir im Vorjahr bekämpften Auffassung zurückkehrt, so ist das ein Verstoß gegen die Resolution von Jena. Und wenn alle die Parteigenossen, die die Ankündigungen im letzten Winter und Frühjahr ernst genommen haben, damit sich als Revisionsisten erweisen wollen, so sind offenbar Radikale diejenigen, die an das preussische Herrenhaus petitionieren.

Zweitens: Ich habe niemals eine Taktik auch nur als Möglichkeit empfohlen, die uns vor die Lassalische Bewegung zurückwirft. Ich war schon vor den Stichwahlen 1903 ein Gegner der grundsätzlichen sozialdemokratischen Stichwahlbeihilfe für die Freistimmigen bei den Reichstagswahlen, und bin es heute noch. Das weiß auch die heutige „Vorwärts“-redaktion. Wie kam sie mir also auch nur die Erwägung ins Hirn, daß ich auf irgend eine Weise die selbständige sozialdemokratische proletarische Klassenpolitik aufgeben sollte. Die Meinung, die manche Parteigenossen über die Möglichkeiten einer den Lassalisten und die Unberechenbarkeit des Wahlsystems ausnützenden preussischen Wahltaktik haben, läuft gerade auf das Gegenteil der vom „Vorwärts“ vermuteten Tendenz hinaus. Es ist also nicht meine Schuld, wenn der „Vorwärts“ den Sinn jener Anregung nicht versteht. Eine nähere Auseinandersetzung darüber aber halte ich für um so weniger zweckmäßig, als die Frage, wie ich (ohne Prophet zu sein) überzeugt bin, über kurz oder lang die Partei ernstlich beschäftigen wird.

Drittens: Ich habe niemals die Anschauung vertreten, daß der Dreimillionenstreik durch Befreiung zum Millerandismus ausgenutzt werden müsse. Ich habe das weder geschrieben, noch gesagt, noch gedacht. Nur ein Narr könnte derlei Möglichkeiten in Deutschland annehmen und solche Pläne einem anderen zutrauen.

Groß-Richterfelde, 12. Juli 06. Kurt Eisner.

Wir bemerken hierzu:

Genosse Eisner hat also trotz der Debatten vor Jena, trotz Bebel's Rede in Jena und der sich daran anschließenden Debatte, trotz der neuerlichen Diskussion über den Massenstreik noch immer nicht begriffen, daß man den Massenstreik erst dann inszenieren kann, wenn die Partei sich durch vorhergehende Diskussion über zeitliche Möglichkeit und Charakter einer solchen Aktion klar geworden ist.

Genosse Eisner beruft sich dann 1) darauf, daß er schon im vorigen Jahre die Resolution in Jena als eine Konzeption an seine Auffassung, der Massenstreik lasse sich ohne vorhergehende Verständigung der Genossen und sorgfältige Erwägung der ganzen politischen Situation blindlings inszenieren, ausgelegt habe. Es kommt aber gar nicht darauf an, wie Eisner nach seinem persönlichen Bedürfnis und Verständnis Parteidebatten und Parteitagbeschlüsse interpretiert, sondern wie sie nach Wortlaut und Sinn der Debatten und Resolutionen ausgelegt werden müssen.

Dunkel ist uns, was Eisner unter den „Ankündigungen im letzten Frühjahr und Winter“ versteht. Unseres Wissens ist weder vom Parteivorstand, noch im „Vorwärts“, noch auch in der übrigen Parteipresse für Preußen der bevorstehende Massenstreik angekündigt worden. — Ebenso dunkel ist uns, was die Petition an den preussischen Landtag mit Revisionismus und Radikalismus zu tun hat.

2. befreit Eisner, eine Taktik empfohlen zu haben, die die Partei vor die Lassalische Taktik zurückwerfe. Gleichzeitig aber erklärt er, davon überzeugt zu sein, daß die von ihm erörterte Frage der preussischen Wahltaktik „über kurz oder lang die Partei ernstlich beschäftigen“ werde. Das heißt die Frage, ob es nicht empfehlenswerter sei, unsere Bourgeoisie, die „gar keine politische Herrschaft mehr will“, die „als Schutzhunde des Junkertums vor dem Proletariate gesichert sein will“, in „entschlossener Resignation“ politisch zu beleben und zur politischen Herrschaft zu bringen.

Jeder politische WC-Schläge weiß, daß Lassal'sche Lockrede des Proletariats vom Freisinn, der damals in Preußen herrschte, gerade deshalb erfolgte, weil der Freisinn vom allgemeinen gleichen Wahlrecht nichts wissen wollte. Die Taktik, dem Freisinn abermals in „entschlossener Resignation“ zu einer solchen Herrschaft zu verhelfen, würde die Partei also in der Tat hinter die Lassal'schen Anträge der sozialistischen Klassenbewegung zurückschleudern. Auf ein näheres Eingehen auf dies famose taktische Projekt verzichten wir übrigens auch wir, wenn auch aus dem umgekehrten Grunde wie Genosse Eisner: in der Ueberzeugung nämlich, daß es von der Partei niemals auch nur in entferntester Erwägung gezogen werden könnte.

3. erklärt Eisner, daß er niemals weder geschrieben, noch gesagt, noch gedacht habe, „daß der Dreimillionenstreik durch Befreiung zum Millerandismus ausgenutzt werden müsse“. Davon war auch in unserem Artikel keine Rede. Wir sagten nur, daß die Partei nicht so naiv gewesen sei, „von dem Dreimillionenstreik des Jahres 1903 eine „Weltentwende“ mit preussischem Millerandismus und anderen Dokumenten der vermeintlichen „politischen Macht“ des Proletariats zu erwarten“. Es war also von der Befreiung des herrschenden Regimes zum Millerandismus, d. h. der Politik der Konzeptionen, die Rede. Und daß Eisner in der Tat übertriebene Hoffnungen an den Dreimillionenstreik knüpfte, beweisen folgende von ihm am 17. Juni 1903 geschriebene Sätze: „Die Wahlen sind ein zerhackter Schlag für das ganze herrschende System. Wenn die Nacht vollendet, was bis Mitternacht begann, dann bereitet sich eine Weltentwende der deutschen Politik vor. Deutschland wird zum Lande des Sozialismus,

des unüberwindlich Vorwärtsdrängenden, des Befreiers und Erlösers. Der Sieg des deutschen Proletariats ist der Sieg der Kultur. Unter das Reich — unser die Welt!“

Ueber die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wegen Freigabe des Punkt Partei und Gewerkschaften behandelnden Teiles des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz gibt folgender Schriftwechsel Aufschluß:

Berlin, 2. Juli 1906.

An die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin.

Werte Genossen!

Die Redaktion des „Vorwärts“ teilt uns mit, daß Sie ihr ein Protokoll der Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände zur Information, jedoch mit dem Verbot der Veröffentlichung des Inhalts zugefandt haben.

Die Redaktion hat sich nicht entschließen können, diese Verbindung anzunehmen, da der Zweck des Ersehens um Ueberlassung eines Exemplars des Protokolls die Besprechung der Diskussion über Partei und Gewerkschaft auf der Gewerkschaftskonferenz war. Nachdem die Verhandlungen jener Konferenz, veranlaßt durch Indiskretion der „Einigkeit“ sowie durch die wechselseitigen Erklärungen der Generalkommission und des Parteivorstandes nun auch von einem Teil der Parteipresse besprochen worden, kann es, wie wir glauben, dem Zentralorgan der Partei nicht verwehrt werden, auf Grund des Protokolls Stellung zu der Frage zu nehmen.

Wir sind daher der Ansicht, daß unter diesen Umständen der vertrauliche Charakter des Protokolls nicht aufrecht erhalten werden kann und eruchen die Generalkommission in beiderseitigem Interesse die Vertraulichkeit über den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ aufzuheben, damit auch wir diesen Teil des Protokolls den Parteigenossen unterbreiten können.

Mit Parteigrüß

Der Parteivorstand.

Berlin, den 10. Juli 1906.

An den Parteivorstand.

Werte Genossen! Die Generalkommission hat sich in ihrer am Sonnabend stattgefundenen Sitzung mit Ihrem Ersuchen der Redaktion des „Vorwärts“ das Protokoll der Konferenz der Vorstände zur freien Verfügung behufs Stellungnahme zur Indiskretion der „Einigkeit“ zu überlassen beschäftigt; die Generalkommission hat beschlossen, an ihrem bisherigen Standpunkt, das Protokoll nicht zur Veröffentlichung freizugeben, festzuhalten.

Die Verhandlungen der Vorstandskonferenzen und die darüber ausgenommenen Protokolle haben durchaus internen Charakter und sollen die letzteren lediglich den Zweck haben, den Teilnehmern die Möglichkeit der Nachkontrolle zu gewähren. Das ist bisherige Praxis gewesen und die in Rede stehende Konferenz hat diese Praxis durch besonderen Beschluß (vergl. Protokoll Seite 9, letzter Absatz) noch durch ausdrücklichen Beschluß bestätigt. Die Generalkommission kann somit nicht eigenmächtig, sondern nur auf Beschluß einer Vorstandskonferenz eine Aenderung in dieser Praxis eintreten lassen. Dieselbe hätte ihre Befugnisse eigentlich schon überschritten, als sie der Redaktion des „Vorwärts“ ein Exemplar des Protokolls zur Information überließ.

Außerdem sind wir der Meinung, daß, sobald der Redaktion des „Vorwärts“ das Protokoll zur freien Verfügung gestellt wird, die sämtlichen Parteiblätter nicht nur das gleiche Recht beanspruchen können, sondern wir halten uns dann für verpflichtet, es der gesamten Parteipresse zu übermitteln. Dies ist aber zurzeit unannehmbar, weil die Auflage des Protokolls von vornherein so bemessen ist, daß nach der Zustellung desselben an die Beteiligten nur noch wenige Exemplare vorhanden sind.

Zum Schluß möchten wir noch darauf hinweisen, daß mit dem Protokoll keine Geheimisräumerie getrieben werden soll, aber andererseits auch für uns kein Anlaß vorliegt, den internen Charakter der Konferenz anzugehen. Auch für die Partei machen sich Beratungen notwendig, deren Ergebnisse nur auf den Kreis der unmittelbar Beteiligten beschränkt bleiben. Wir halten eine solche Diskretion für durchaus richtig und nehmen an, daß der Parteivorstand und die sonstigen Parteiglieder sich von diesem Standpunkte nicht dadurch abbringen lassen, daß ein unberufener Dritter von diesen Verhandlungen in widerrechtlicher Weise etwas in die Öffentlichkeit bringt, wie es die „Einigkeit“ in dem vorliegenden Falle getan hat.

Mit Parteigrüß

Die Generalkommission.

A. Knoll.

Berlin, 12. Juli 1906.

An die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin.

Werte Genossen!

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung Kenntnis genommen von Ihrem gestrigen Schreiben, mit dem Sie es ablehnen, den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ des Protokolls der „Konferenz der Vorstände“ zur freien Verfügung zu stellen.

Gegenüber dem von der Generalkommission eingenommenen Standpunkt hat der Parteivorstand beschlossen, die Generalkommission zu ersuchen, die Freigabe dieses Protokollteiles durch Befreiung der Teilnehmer an der Konferenz zu bewirken, wodurch die von Ihnen geltend gemachten Hinderungsgründe für Ihre selbständige Erfüllung unseres Ersehens beseitigt werden würden.

Bei dem dringenden Interesse, welches die Partei an der öffentlichen Klarstellung dieser Angelegenheit hat, eruchen wir die Generalkommission, uns bis spätestens Ende dieses Monats von dem Ergebnis ihrer Umfrage Mitteilung zu machen.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand.

Soziales.

Polizei gegen Wohlthätigkeit.

Einem englischen Schriftsteller, der kürzlich Berlin besuchte, fiel es auf, daß hier Armut und Elend offenbar nicht in dem Maße in Erscheinung treten, wie es in London der Fall ist. Der Engländer sprach die Vermutung aus, daß das Elend der Armen in Berlin wohl nicht geringer sein werde als in London, und er meint, die Berliner Polizei werde wohl dafür sorgen, daß das Elend sich nicht öffentlich bemerkbar mache. — Wie zutreffend diese Annahme des englischen Reisenden ist, das zeigt uns eine kleine aber recht bezeichnende Episode, welche sich dieser Tage vor einer Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte abspielte. Das Bild, welches die Verhandlung entrollte, sieht im wesentlichen so aus:

Verschiedene große Geschäftsleute, Ofsizieranten und Firmen mit bekannten Namen, haben den Brauch eingeführt, daß jeder Arme, der sich in ihrem Geschäftslokal zeigt, ein kleines Almosen erhält, ohne daß er erst ausdrücklich darum bitten braucht. Bei anderen Geschäftsleuten herrscht die Praxis, daß Arme am Ersten jeden Monats im Kontor vorsprechen dürfen, wo ihnen dann ohne weiteres ein kleines Geldgeschenk verabreicht wird. Die Ausübung solcher Wohlthätigkeit kostet nicht viel, sie trägt aber, ebenso wie die Illuminationen an hölzernen Familienfesttagen dazu bei, das Renommee der betreffenden Firmen zu erhöhen, also kann man sich die kleine Ausgabe wohl leisten. So können nun beide Teile

zufrieden sein, sowohl die almosenpendenden Firmen als die almosenempfangenden Armen, wenn — die Polizei nicht wäre.

In Berlin gibt es ja, dank der göttlichen Weltordnung kapitalistischen Gepräges, Arme in Hülle und Fülle, und so wird denn selbstverständlich von den Wohlthätigkeitsanstalten der betreffenden Geschäftsleute reichlich Gebrauch gemacht werden. Nun hat aber irgend jemand, der an dieser Ausübung der christlichen Tugend der Barmherzigkeit Anstoß nimmt, der Polizei eine anonyme Anzeige gemacht, des Inhalts, daß die Geschäftsleute in der Leipzigerstraße durch Arme belästigt würden und die Polizei hielt es für ihre Pflicht, gegen die Armen, welche von den Geschäftsleuten freiwillig beschenkt werden, vorzugehen. Kriminalsozialisten wurden nach der Leipzigerstraße beordert, um die „Bettler“ abzufangen. Die Beamten erlebten sich ihres Auftrages in der Weise, daß sie Personen, die ihrer ärmlichen Kleidung nach nicht zu den Stunden der feinen Geschäfte gehören konnten, trotzdem aber solche Geschäftslokale aufsuchten, anhielten und wegen Bettelns zur Anzeige brachten. Die Betroffenen bestritten zwar, daß sie gebettelt hätten, sie waren dabei auch im Recht, denn sie empfingen ja Almosen, die ihnen ohne weiteres verabreicht wurden. Die Beamten hatten auch sonst keine Anhaltspunkte, die dafür sprachen, daß hier eine Bettelerei im Sinne des Gesetzes vorlag, aber trotzdem wurden die Almosenempfänger als Bettler vor den Richter gebracht.

In dem vorliegenden Falle sah eine arme Frau auf der Anklagebank und ein Kriminalsozialbeamter stand ihr als Zeuge gegenüber. Nichts konnte er dafür anführen, daß die Merkmale des Bettelns wirklich erfüllt waren, dagegen bemühte er sich mit einer Freiheit, die sich ein Zeuge sonst wohl nicht herausnehmen dürfte, dem Richter klar zu machen, daß es für die Geschäftsleute eine arge Belästigung sei, wenn sie von armen Frauen, die nicht einzeln, sondern gleich sektionsweise antreten, aufgesucht würden. Der Richter beschrieb den Zeugen, daß ja die Anklage nicht auf Belästigung oder Verleumdung, sondern auf Betteln laute. — Da sich die Angeklagte darauf berief, daß ihr die Almosen freiwillig, in einem Falle sogar regelmäßig verabreicht werden, so beschloß das Gericht, die Verhandlung zu vertagen und die betreffenden Geschäftsleute als Zeugen für die Behauptung der Angeklagten zu laden.

So viele Umstände macht man im christlichen Staat, um festzustellen, ob jemand, der die christliche Barmherzigkeit christlicher Mitmenschen in Anspruch nahm, sich nicht strafbar gemacht hat.

Internationales Uebereinkommen betreffend das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen.

Der schweizerische Bundesrat veröffentlicht soeben im „Schweizer Bundesblatt“ das von ihm an die bei der internationalen Arbeiterkonferenz beteiligten Staaten gerichtete Kreis Schreiben, sowie den Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen betreffend das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen.

Auf die Frage, ob es zweckdienlich erscheine, behufs Umwandlung der auf der internationalen Konferenz für Arbeiterkonferenz im Mai 1905 gefaßten Beschlüsse eine diplomatische Konferenz stattfinden zu lassen, haben 13 Staaten (Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Schweden und die Schweiz) in zustimmendem Sinne geantwortet. Norwegen hat abgelehnt, weil es die zu vereinbarenden Verpflichtungen einstweilen nicht vollständig einhalten könne. Spanien hat überhaupt noch nicht geantwortet. Die japanische Regierung hat erklärt, über eine Beteiligung am Uebereinkommen betreffend die Frauennachtarbeit eine Antwort noch nicht geben zu können, da die betreffende Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.

Der von dem Schweizer Bundesrat im Anschluß an die Beschlüsse der Verner Konferenz vom Jahre 1905 vorgelegte Entwurf eines internationalen Uebereinkommens betreffend das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen lautet in seinen wesentlichsten Teilen:

Artikel 1. Die industrielle Nachtarbeit der Frauen soll ohne Unterschied des Alters, unter Vorbehalt der folgenden Ausnahmen, verboten sein. Das Uebereinkommen erstreckt sich auf alle industriellen Unternehmungen, in denen mehr als zehn Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Es findet keine Anwendung auf Anlagen, in denen nur Familienglieder tätig sind. Jeder der vertragsschließenden Staaten hat den Begriff der industriellen Unternehmungen festzustellen. Unter allen Umständen sind aber hierzu zu rechnen die Bergwerke und Steinbrüche, sowie die Bearbeitung und die Verarbeitung von Gegenständen; dabei sind die Grenzen zwischen Industrie einerseits, Handel und Landwirtschaft andererseits durch die Beschgebung jedes Staates zu bestimmen.

Artikel 2. Die im vorstehenden Artikel vorgesehene Nachtarbeit hat eine Dauer von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden. In diesen elf Stunden soll in allen Staaten der Zeitraum von zehn Uhr abends bis fünf Uhr morgens inbegriffen sein. In denjenigen Staaten jedoch, in denen die Nachtarbeit der erwachsenen industriellen Arbeiterinnen gegenwärtig nicht geregelt ist, darf die Dauer der ununterbrochenen Nachtarbeit während einer Uebergangsfrist von höchstens drei Jahren auf zehn Stunden beschränkt werden.

Artikel 3. Das Verbot der Nachtarbeit kann außer Kraft treten: 1. im Falle einer nicht vorherzusehenden, sich nicht periodisch wiederholenden Betriebsunterbrechung, die auf höhere Gewalt zurückzuführen ist; 2. für die Verarbeitung leicht verderblicher Gegenstände, zur Verhütung eines sonst unvermeidlichen Verlustes an Rohmaterial.

Artikel 4. In den dem Einflusse der Jahreszeit unterworfenen Industrien (Saisonindustrien), sowie unter außergewöhnlichen Verhältnissen in allen Betrieben, kann die Dauer der ununterbrochenen Nachtarbeit an sechzig Tagen im Jahre bis auf zehn Stunden beschränkt werden.

Artikel 5. ... Das Uebereinkommen tritt drei Jahre nach dem Schluß des Hinterlegungsprotokolls in Kraft.

Die Frist für das Inkrafttreten beträgt zehn Jahre: 1. für die Fabriken, die Rohwolle aus Rüben herstellen, 2. für die Schafwollammerei und Spinnerei, 3. für die Arbeiter über Tag in Bergwerken, sofern diese Arbeiten für die Dauer von mindestens vier Monaten im Jahre infolge von klimatischen Verhältnissen eingestellt werden müssen.

Artikel 7. Die am Uebereinkommen nicht beteiligten Staaten können ihm beitreten. ...

Artikel 8. Das Uebereinkommen kann jederzeit gekündigt werden. Die Kündigung wird erst ein Jahr nach der schriftlich an den schweizerischen Bundesrat erfolgten und von diesem sofort an alle anderen Vertragsstaaten vermittelten Mitteilung wirksam. ...

Die diplomatische Konferenz soll am 17. September, nachmittags 3 Uhr, in Bern stattfinden.

Auf die Tagesordnung dieser Konferenz ist ferner die eventuelle Festlegung eines

internationalen Uebereinkommens betreffend das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Blaudruckindustrie gesetzt. Die von dem schweizerischen Bundesrat über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor ergangenen Anträge haben ein ungünstiges Resultat gezeitigt. Es war in der Verner Uebereinkunft vom Jahre 1905 für ein Inkrafttreten des Uebereinkommens der Beitritt Japans vorausgesetzt. Die japanische Regierung hat aber mitgeteilt, daß sie zwar die Wichtigkeit der Frage vom sanitären Standpunkt aus anerkenne, aber einstweilen eine endgültige Entscheidung nicht treffen könne. Unterdes hat auch in dieser Frage

Verband der Hafendarbeiter u. verw. Berufsg.
Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 15. Juli 1906, vormittags 10 1/2 Uhr im Königstadt-Stadion,
Holzmarktstraße 72.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1906 und Bericht der Redirektoren.
2. Bericht des Vorstandes.
NB. Kollegen, es ist notwendig, zu dieser Versammlung zahlreich und
pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter
Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 15. Juli, vormittags 10 Uhr:
Generalversammlung
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1906 und Bericht der Redirektoren.
2. Diskussion. 3. Vortrag des Kollegen W. Vogel über: „Die letzten Er-
gebnisse in der deutschen Partei- und Gewerkschaftsbewegung.“
4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. 31/4
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands. 35/4
(Zweigverein Berlin und Umgegend.)
Gruppe der Bühnenträger.

Montag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Wernau, Schwedterstr. 23:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Reier über den Tarif und die Inne-
haltung desselben. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 35/4
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband der Dachdecker.

Filliale Berlin.
Sonntag, den 15. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 2. Quartal 1906. 2. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
54/14 Der Vorstand.

Veranlaßt durch die in letzter Zeit sehr oft vor-
kommenden Klagen über ganz minderwertige Nach-
ahmung des
Dänischen
Kapitän-Kautabak
weise ich darauf hin, daß derselbe nur echt ist, wenn in jedem
Zweig (5 u. 10 Pf.-Ketten oder Schichten) der Zettel liegt
mit Aufschrift:
Dänischer Kapitän-Kautabak (gefehl. geschützt).
Gen.-Vertr.: O. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 3961.
In haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Montag, 23. Juli, in der Neuen Welt, Hasenheide 108/114:
Großes Sommerfest bestehend aus **Konzert,**
Spezialitäten-Vorstellung, Kasperle-
Theater u. Kinder-Fackelpolonäse.
Im Saale: **Großer Ball.**
Billetts im Vorverkauf 20 Pf. 240/19*

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.
Zur Feier des zehnjährigen Bestehens
Sonnabend, den 14. Juli:
FESTFEIER
in den Gesamträumen des Schweizer Garten (Königstor).
Konzert • Theatervorstellung.
Festrede des Abgeordneten Genossen Robert Schmidt
Arbeiter-Radfahrer • Spezialitäten • Kinderbelustigungen
Fackelpolonäse usw. — Jedes Kind erhält Bons für Karussell und Fackel gratis.
Billetts im Vorverkauf 25 Pf. (Kassenpreis 30 Pf.) in der Parteispedition Kolbe-
straße 42, in den Zahlstellen und bei allen Bezirksführern.
Anfang 4 Uhr nachmittags. — Kasseneröffnung 3 Uhr. 245/13*
Reges Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Arbeiter-Bekleidung
Neues Spezial-Geschäft
Kohnen & Jöring
Alexanderstr. 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
Berufskleidung
für alle Zweige der Industrie und
Gewerke.
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41, 17/13*
Spezialarzt für
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Baustelle a. Wald, Röh. Hof, P. 439.
an in Straußberg, Palastpark, Sonnt.
a. Terrassenverf. Vincenz, Gormannstr. 23.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
am Sonntag, den 15. Juli 1906.
1. Abt. früh 5 Uhr nach Radebeurg
(Greve). Start Köpenicker Str. 59.
2. Abt. früh 7 Uhr nach dem Berke.
Start Urbanstr. 7.
3. u. 4. Abt. Schmiedelag, Endziel
Dietrichsdorf (früher Dohleweide). Start
Köpenicker Str. 59.
5. Abt. Familientour nach Hasel-
werder (Egermühl). Start 2 Uhr
Einsam.
6. Abt. früh 6 Uhr nach Grünhalden.
Start Oberbergstr. 30.
7. Abt. früh 6 Uhr Zweifelsäge durch
den Ebersdorf. Start Strimmlagerstr.
Ruhm. 1 Uhr sämtliche Abteilungen
nach Nieder-Eichowenweide, Hasel-
werder, von dort nach Johannisthal
(Kühnholz). Start an den be-
stimmten Abteilungsstellen. 13/15

Fahrräder! Billig!
Mk. 48, 55,
60, 70, 85 b. 120 Pf.
per Stück. Frei-
lauf 3 Pf. mehr.
5 Jahre Garantie.
Rahmen... 1.95, 2.50, 3.—, 4.50
Radschläuche... 1.50, 2.—, 2.50, 3.—
Luftpumpen... 0.80, 1.15
Nabe... 0.90, 1.50. Sattel... 1.60, 2.50
Motorräder 190, 250, 375, 450, 550
Händlertzen 0.50. Motorboden 9.—
Reparatur, billigst, schnell, haltbar.
Rahmenbrüche 3.50. Emailier. 3.50
Fahrradkassette 77 Pf. Motorradkassette
77 Pf. arat u. ist. Wiederh. Rabatt.
Willi Hausscherr, Berlin 77,
Alte Jakobstr. 93, an der Seebühl.

Glänzende Existenz.
Wirdlich soliden und nützlichen
Schloßern und Konturen zc. geben
wir schon bei geringer Anzahlung
Motorradreifen, ersichtliche Marken.
Zum besten übernehmen 2 Neuesten
einen Wagen.
Berliner Automobilklub u. Industrie-
Gesellschaft m. b. H. W., Umlandstr. 170.

Täglich von der Michael-Brücke
Dampfer - Extrafahrten
mit Mühl nach dem beliebten „Woltersdorfer Schloß“. Fahrpreis
hin u. zurück 50 Pf. Kinder 25 Pf. Abfahrt vorm. 10 Uhr, nachm. 2 Uhr
nur von der Michaelbrücke. — Ausfahrt über Vermittlungen werden
Holzmarktstr. 50d im Restaurant erteilt. 14962*

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 1660L*
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Strong reell. — Billigste Preise.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 13 Buchstaben
zählen doppelt.

Verkäufe.
Gardinenhand Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 14
Herrenfahrab, Damenfahrab,
wie neu, 45,00. Holz, Blumen-
straße 36b. 16688*

Wohnungen.
Stube und Küche (21 Quart.) See-
straße 68h. 29075*

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle vermietet
Charlottenburg, Fritschstraße 39,
vom 11 gerabeg. 1124*

Arbeitsmarkt.
Blinder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Mühle werden abgeholt und
gerichtet. H. Gläser, Pulver-
straße 27. 1465b

Stellengesuche.
Blinder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Mühle werden abgeholt und
gerichtet. H. Gläser, Pulver-
straße 27. 1465b

Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann
wird schnellstens zu erschaffenem
Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne
kostenlos. Günstigste Erfolge. Auto-
technikum Berlin, Spichernstraße 11/12.*

Schlossergesellen verlangt Kohl-
bushaus 4. 1107

Farbmacher, Gardinenstangen,
verlangt Schröder, Holzmarktstraße 13.

Häuser für Neubau verlangt Bau-
geschäft Ebert, Halleschestraße 14d,
Wohnung von 7-9 und von 5-8,
Kontor. 2914b

Verfälscher sucht J. Waack, Gold-
schmied, Brandenburg a. Havel.

Tüchtige Köchinnen für Druckerei
können sich melden in Brix, Chaussee-
ende Dorststraße, Baudire der Druck-
ereiverwaltung. 16882

Erbarbeiter werden eingestellt bei
der Druckereiverwaltung, Chaussee
Ende Dorststraße. 16892

Zeitungsfrau verlangt Große
Frankfurterstraße 122. 2819b

Belegerin verlangt Vestenarbeit,
Friedrichstraße 63. 1133

Wamiello auf Taktis verlangt
Schule, Götterstraße 41. 7*

Wamiello auf Kostüme ver-
langt Schule, Götterstraße 41. 7*

Notenfräusen finden lohnende und
dauernde Beschäftigung Prinzen-
straße 41. 1307*

Wohnungen.
Stube und Küche (21 Quart.) See-
straße 68h. 29075*

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle vermietet
Charlottenburg, Fritschstraße 39,
vom 11 gerabeg. 1124*

Arbeitsmarkt.
Blinder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Mühle werden abgeholt und
gerichtet. H. Gläser, Pulver-
straße 27. 1465b

Stellengesuche.
Blinder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Mühle werden abgeholt und
gerichtet. H. Gläser, Pulver-
straße 27. 1465b

Stellenangebote.
Automobilfahrer! Jedermann
wird schnellstens zu erschaffenem
Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne
kostenlos. Günstigste Erfolge. Auto-
technikum Berlin, Spichernstraße 11/12.*

Schlossergesellen verlangt Kohl-
bushaus 4. 1107

Farbmacher, Gardinenstangen,
verlangt Schröder, Holzmarktstraße 13.

Häuser für Neubau verlangt Bau-
geschäft Ebert, Halleschestraße 14d,
Wohnung von 7-9 und von 5-8,
Kontor. 2914b

Verfälscher sucht J. Waack, Gold-
schmied, Brandenburg a. Havel.

Tüchtige Köchinnen für Druckerei
können sich melden in Brix, Chaussee-
ende Dorststraße, Baudire der Druck-
ereiverwaltung. 16882

Erbarbeiter werden eingestellt bei
der Druckereiverwaltung, Chaussee
Ende Dorststraße. 16892

Zeitungsfrau verlangt Große
Frankfurterstraße 122. 2819b

Belegerin verlangt Vestenarbeit,
Friedrichstraße 63. 1133

Wamiello auf Taktis verlangt
Schule, Götterstraße 41. 7*

Wamiello auf Kostüme ver-
langt Schule, Götterstraße 41. 7*

Notenfräusen finden lohnende und
dauernde Beschäftigung Prinzen-
straße 41. 1307*

Vermietungen.
Restaurationsräume in guter
Lage, im Monat, in der Nähe des
Bahnhofes, Alexanderplatz, Ecke
Wilmersdorferstraße, Ecke Wilmersdorfer-
straße 25, I. 2916b

Redakteur gesucht.
Die im zweiten Jahre erscheinende
„Spartakus“ in St. Johann a. d. Saar
sucht einen 17582*

Lokalredakteur.
Vorsatzgehalt 2000 Mark, welches
bei entsprechenden Leistungen gleich
erhöht wird. — Offerten erbittet unter
Beifügung eines selbstgeschriebenen
Arbeitsplan über „Die Aufgaben der
Arbeiterpresse“.
Karl Pontius,
St. Johann a. d. Saar, Gajenstraße 9.

Deutscher Holzarbeiter-
Verband.
Wegen Streik und Lohnunterschieden
sind gespart:
Für Tischler, Polierer und Ma-
schinenarbeiter
Wienecke, Grünauerstraße.
Pieper, Bernauerstr. 80.
Hofmanns Möbelfabrik in
Chemnitz.
Für Klavierarbeiter:
Bell, Andreasstr. 32 u. Weimer Weg.
Für Korbmacher:
Stralauer Glashütte.
Zwerner, Friedrichstraße, Ber-
linerstraße 72.
Der Jungmannnachweis, Brunnen-
straße 154.
Böttling, Wasserturmstr. 10/11.
Für Parkettbodenleger
Die Bauten der **Hilfswörter Park-**
ettfabrik, Pufelstraße 10
und Ziegler, Sedanstr. 40/41.
Zugang ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung
des Holzarbeiterverbandes.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
An der Klavierfabrik von **Bell &**
Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche
Kollegen wegen Lohnunterschieden
die Arbeit niedergelegt. 141/16*
Zugang ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumenten-
arbeiter.

Achtung, Töpfer!
Die Differenzen bei der Firma
Franz Wengler, Bau- u. Fab-
rik, Lichterfelde, Ecke Pots-
damerstraße, sind noch nicht erledigt.
Der Bau ist nach wie vor zu meiden.
196/20* Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!
Kürschner
Wegen Differenzen haben sämt-
liche Arbeiter und Arbeiterinnen der
Wagenfabrik von **H. Gärtner**
& Co., Marktstr. 50, die Arbeit
niedergelegt. Zugang ist streng fern-
zuhalten. 102/15*
Verband der Kürschner
Berlins und Umgegend.
Deutscher Kürschner-
Verband (Zahlstelle Berlin).

Achtung! Achtung!
Bauarbeiter,
Bauhandwerker!
Wegen Lohnunterschieden der Jahr-
stahlarbeiter der Firma **Gebr. Lahn**
sind sämtliche Bauten derselben für
organisierte Bauarbeiter gesperrt.
Die Bauten befinden sich:
Wienstraße,
Samostraß, Ecke Sprengelstr.,
Nehlschloßstraße, Charlottenburg,
Kunsterdamstraße,
Fontanestraße, Rixdorf,
Schneidewerstraße,
Wemelerstraße,
Horsstraße, Pantom,
Hegge- und Pöschelstraße-Ecke,
Etagli. 35/5
Verband der handgewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
Der Zweigvereinsvorstand.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Deutsch. Buchhändlerverband
(Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das
Personal nach der Beendigung der
Kampfbewegung nicht reuig und
bedingungslos in die Betriebe zurück-
kehrte, weiter respektive erneut aus-
gespart:
G. Wübben & Co., Wilhelm-
straße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Rauer-
straße 80.
Fritsche-Baumbach, Schön-
felder, Bahnhofsstr.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metschke & Co., Zimmer-
straße 94.
A. Schoß, Buffamerstraße 19.
A. Schoß, Defauerstraße.
Schneider & Ziegler,
Mitterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Platz 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Köhlerstr. 67.
C. F. Walter, Köhlerstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseest. 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Köhlerstr. 3a.
Ad. Wittenburg, Wilhelm-
straße 16.
Xaver Kölle, Reichenberger-
straße 36.
Die Genossen und Freunde
der Organisation, machen wir darauf
aufmerksam, daß die Heimarbeit
(Bogen folgen von Streikarbeit) in
überwägiger Weise Nach gespart hat
Wir bitten, die Hausbesitzer auf
das Verweilen ihres Tuns auf-
merksam zu machen.
Die Ortsverwaltung.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen!
Kartonnierer!
An der Kartonfabrik von **Ad.**
Lesser, Straußstraße, sind sämt-
liche Differenzen ausgedrückt.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Die Firma **Aloys Suk, Reander-**
straße 4 (Reanderber)
ist für **Galanteriearbeiter** und
Arbeiterinnen wegen Differenzen
gespart. 24/12 Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Gidwalde. Am Sonntag, den 15. Juli, findet vom Wahlverein bei Witte, Gidwalde, ein Sommerfest, bestehend in Konzert, Gesang, Auftritten von Turnern, Radfahrern und Preislegeln statt. Das Billett kostet 20 Pf. Wir ersuchen die Genossen, für rege Beteiligung zu agitieren. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Kleidung einer modernen Frau!

Sicher eine recht eigenartige Sache für ein Arbeiterblatt, sich mit der Kleidung einer modernen Frau zu befassen. Jedoch erscheint es uns keineswegs überflüssig, auch ein solches Thema einmal einer kurzen Erörterung zu unterziehen. Sich mit dem Lebensverhältnis unserer Erbklassen einmal zu befassen, Einblick zu gewinnen, inwiefern Prunk, Genußsucht und Verschwendung bei ihnen grassiert, ist sicherlich für den Proletarier nicht das überflüssigste Beginnen. Der ungeheure Kontrast zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist es ja schließlich nur, der bei Tausenden und Abertausenden den instinktiven Drang, andere Zustände herbeizuführen, hervorruft. Die Tatsache, daß Millionen von Menschen in den elendesten Verhältnissen leben und wiederum nur wenige Tausende im Ueberflusse schwelgen, zeigt den herrschenden Klassen aber auch zugleich ihren eigenen Verfall. Die Sitten und Lebensverhältnisse unserer Bourgeoisie sind von denen des Proletariats so grundverschiedene, daß erstere schon eine instinktive Empörung der letzteren heischen. Bei seinem Nichtstun verliert sich das Schmarotzertum in den erkünstlichsten Lebensmanieren, werden die kostbarsten Gewänder angelegt, um nur ja immer „modern“ zu erscheinen. Hier sehen wir, wie ein Tand, eine Mode, immer die andere treibt, die schließlich zu verblühendem Luxus ausartet. Wir wollen nun unseren Lesern einmal vor Augen führen, wie die Kleidung einer „vornehmen Dame“ beschaffen sein muß. Vor kurzem machte eine englische Zeitschrift darüber folgende Mitteilungen:

„Eine „grande dame“ muß sich zunächst einmal in ihrer Toilette den vielen gesellschaftlichen Verpflichtungen anpassen, die ihr die Stellung ihres Mannes oder ihre eigene verschafft haben. Sie darf infolgedessen nur ein Kleid tragen, das aus kostbarem Stoff und hervorragenden Verarbeiten und Zutaten hergestellt ist. Zu einer derartigen vornehmen Mode gehört natürlich ein seidener Japan mit Spitzen und Bändern und kostet zwischen 60 und 180 Mark. Er muß in Farbe und Façon genau zu der Mode passen, und also mindestens in fünf bis sechs Exemplaren vorhanden sein. Die Wäsche ist aus feinsten gebleichten Leinen, mit edlen Spitzen eingefaßt und wird jährlich auch wohl gut 2000 M. verschlingen. Das Korsett kostet auch wieder, die Natur und Kunst ausbessernd, mindestens 100 M., wenn nicht noch mehr, die seidenen Strümpfe das Paar 42 M., Straßenhülsen nach Maß 40—85 M., und die niedlichen Abendpantoffel aus Seide, mit zierlichen Spangen besetzt, nicht viel weniger. Zur Abendtoilette kommen noch Handschuhe, ein- oder höchstens zweimal zu tragen, a 750 M., ein eleganter Flammengürtel, dem man die Kunst nicht ansieht, etwa 80 Mark, oder lebende Blumen für 15 bis 20 M., den durchaus nötigen Fächer aber bekommt man ja schon von 200 M. an. Diese Zahlen erscheinen klein im Verhältnis zu den eigentlichen Luxusartikeln einer so vornehmen Dame. Ein Jodelbogen für 60 000 Mark, ein Spitzenhut für den Kopf in ähnlichem Preis, und Diamanten, Perlen, Haarlamen, Profchen für insgesamt 400 000 bis 600 000 M., ... sind gar nicht zu selten. Doch selbst, wenn die große Dame dann alles ablegt, schläft sie noch in eine Matinee für 200 M., in Pantoffel für 15 M., und in später in eine „Robe de nuit“ für mindestens 80 M. Oder in den Morgenrod für 100 M. Vielleicht auch nur in einen Friseurmantel für 75 M.“

Diese Darstellung hat nicht nur den Wert, der Arbeiterklasse Einblicke in die Lebensweise unserer Haute volée zu gewähren, sondern ist auch geeignet, die elende Phrasologie unserer Philister von der „Begehrtheit der Arbeiter“ vollständig ad absurdum zu führen. Zu gleicher Zeit aber legen die ungeheuren Aufwendungen für Prunk und bereites Zeugnis ab von der fortgeschrittenen Steigerung der Klassengegensätze. Sobald der sich tagaus, tagein plagende Arbeiter auch nur Miene macht, seine Arbeitskraft etwas besser bezahlt zu verlangen, erklärt ihn das unerfährliche Unternehmertum für ausdreschamt. Und doch ist dieser Luxus nur möglich bei der nur allzu großen Zufriedenheit des Proletariats. Eine ganze Arbeiterfamilie kann nur selten das Jahr über soviel zur Anschaffung von Garderobe anlegen, was eine „grande dame“ für einen Morgenrod ausgibt. Der blühende Luxus einer Klasse ist aber auch, das zeigt uns die Kulturgeschichte, das Anzeichen ihres Unterganges. Eine Gesellschaft, die so rücksichtslos und frivol die Ausbeutung der Volksklassen betreibt, deren einziges Tun nur darin besteht, dem Luxus und Vergnügen zu huldigen, muß als unbrauchbares Glied aus der Reihe der Menschheit ausgeschaltet werden.

Die Stadt Berlin besitzt ein Aktivvermögen von rund 665 Millionen Mark. Der Wert der im Besitz der Stadt befindlichen unbauten Grundstücke, darunter 60 000 Morgen Rieselfelder, ist auf rund 75 Millionen Mark veranschlagt, der bebauten Grundstücke auf rund 880 Millionen, darunter 1 1/2 Millionen Mark Gartenanlagen, 1/2 Million Mark Flugplatzanlagen, 2 1/2 Mill. Mark Springbrunnen, 1/2 Million Mark Hofanlagen, 1 Million Mark Bedürfnisanstalten, Anschlagssäulen, Urniasäulen und 1/2 Million Mark zinspflichtige Verschönerungen. Der Besitz an Kapitalien beläuft sich auf rund 56 Millionen Mark, darunter 25 1/2 Millionen Mark Hypotheken, 13 Millionen Mark Effekten, 15 Millionen Mark Kassenbestände, 1 1/2 Mill. Mark Einnahmereste. Das sonstige Vermögen wird auf rund 155 Millionen Mark geschätzt, darunter befinden sich rund 120 Mill. Mark Werte, bestehend in Naturalien, Material, Betriebsbeständen und Betriebsvorräten, 32 Mill. Mark an Mobiliar, Inventar, Bibliotheken, Apparaten, Sammlungen. Auf den Kopf der Bevölkerung würde demnach ein Aktivvermögen von etwa 360 M. kommen, dem etwa 170 M. Schulden gegenüberstehen. Die Gesamtschulden der Stadt Berlin einschließlich der Ausgabereife belaufen sich am 1. April 1903 auf rund 818 Mill. Mark, wozu inzwischen noch 228 Mill. Mark neue Anleihen hinzugekommen sind, die indes nur zum Teil begeben sind und für die Gegenwerte vorhanden sind.

Die Kinderspiele des Arbeiterturnvereins „Richte“ finden rege Beteiligung. Am vorigen Sonntag spielten wieder 319 Mädchen und 419 Knaben. Die Spiele werden geleitet von 28 Turnern und 54 Turnern. Die nächsten Spiele werden veranstaltet am Sonntag, 15. Juli, (sowie an den darauffolgenden Sonntagen) in den Vormittagsstunden auf den Spielplätzen: 1. Treptower Park, 2. Friedrichshain, 3. Behmstraße, 4. Jungfernhöhe. Treffpunkte: 1. Oberreihardenbrücke, 2. Landsbergertor (Kriegerdenkmal), 3. Bahnhof Gesundbrunnen und Bahnhof Schönhauser Allee, 4. Bahnhof Venusbergstraße. Willkommen jeder Knabe und jedes Mädchen auch solcher Eltern, die nicht Turner sind. Beteiligung selbstverständlich kostenlos.

Ein Matrose erschossen. Ein noch nicht aufgeklärter Vorfall beschäftigt seit gestern die Potsdamer Polizeibehörde. In der Neuen Königstraße wurde am frühen Morgen der 23jährige Matrose Stubbsmann aus Bremen, der der kaiserlichen Matrosenfestation bei Glienicke angehört, mit einem Schuß in den Hinterkopf tot aufgefunden. Neben dem Vorfall wird uns folgendes gemeldet: Der Matrose Stubbsmann hatte am Mittwoch mit seinem Kameraden Palait an dem Schützenfest in Potsdam teilgenommen.

Gestern morgen bald nach 2 Uhr verließ er mit ihm den Schützenplatz und beide begaben sich auf den Heimweg nach der Matrosenfstation bei Glienicke. Gegen 1/3 Uhr passierten sie die neue Königstraße, wo ihnen der Straßenbahnkassierer von der Potsdamer Pferdebahngesellschaft Giesebart begegnete. Dieser machte ein paar scherzhafte Worte über die beiden ziemlich angeheiterten Matrosen und ging weiter. Kurz darauf trachte ein Schuß. Der Straßenbahnkassierer ging zurück, um nachzusehen, was geschehen sei und fand dabei den Matrosen Stubbsmann tot auf den Straßenbahnschienen liegen, während dessen Kollege verschwinden war. Giesebart erstattete sofort Anzeige von dem Vorfall, worauf die Leiche beschlagnahmt wurde. Der Verdacht der Täterschaft fiel nach den Auslagen des Straßenbahnkassierers sofort auf den zweiten Matrosen Palait, der auch im Laufe des Vormittags noch festgenommen wurde. Nach dessen Aussage ist aber ihm und dem Erschossenen kurz nach dem Zusammenstoß mit dem Straßenbahnkassierer ein Wagen begegnet, aus dem plötzlich geschossen wurde. Sein Kollege sei schwer getroffen zu Boden gesunken. Er (Palait) sei dann schleunigst fortgelaufen, um aus der Matrosenfstation Hülf zu holen. Vor dem Schuß habe sich Stubbsmann mit dem Wagenführer etwas gezanzt. Mäßig sei dann der Schuß gefallen. Der Wagen selbst habe seine Fahrt schleunigst fortgesetzt. Palait wurde hierauf wieder freigelassen. Der Besizer des Wagens wurde gestern mittag in Wannsee verhaftet, doch befreit er die Tat.

Schwer verunglückt ist gestern morgen beim Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Milchfuhrwerk der 17jährige Stallmann Leopold Kurzader, Koloniestr. 82. Er war mit einem Milchwagen an der Ecke der Drontheimer- und Christianiastraße mit einem Straßenbahnwagen der Linie 23 E zusammengefahren und vom Pod heruntergeschleudert worden. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am Unterleib und mußte im Lazarus-Krankenhaus untergebracht werden.

Einen recht bösen Abschlus hat die Krempferpartie des „Vereins der Siebenmonatskinder“ gefunden. Der Verein war am Mittwoch in zwei Krempfern nach Hermsdorf gefahren und gestern in früher Morgenstunde wurde die Rückreise angetreten. Als sich der Krempfer der Reichshauptstadt näherte, fuhr der Rutscher, der des Guten zu viel genossen zu haben schien, mit dem Wagen in den Chausseegraben und das Gefährt stürzte um. Die Insassen wurden sämtlich aus dem Krempfer herausgeschleudert. Einer derselben, der Sattlermeister Ernst Hohlte, stürzte so unglücklich, daß der Wagen auf ihn heraußfiel. Nachdem sich die Vereinskollegen selbst wieder flott gemacht hatten, besetzten sie R. Der Bedauernswerte hatte am Körper sowie am Kopf erhebliche Quetschungen erlitten. Auch der Kaufmann Fritz Krüger hatte Kopf- und Quetschungen davongetragen. Beide Verletzte erhielten auf der Unfallstation XVII die erste Hülf.

Vier Arbeiter durch glühende Eisenmassen schwer verletzt. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich gestern in der Versammlungsstätte von Wolf Retter u. Jacobi, Lindenstr. 5, ereignet. In der Abteilung für Besatzerei waren gestern mittag sechs Arbeiter damit beschäftigt, eine schwere Eisenplatte in geschmolzene Metallmasse einzulegen. Als die Leute die Platte hoch über den Schmelztiegel hielten, entglitt ihnen plötzlich die schwere Last und stürzte in das geschmolzene Metall hinein. Nach allen Seiten spritzte nun die glühende Masse und traf vier der Arbeiter. Am schwersten verletzt wurde der Gießer Hermann Woytas aus Köpenick. Er wurde an beiden Füßen, am Kopf, im Gesicht und an den Armen schwer verbrannt und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. Auch die drei anderen Arbeiter, darunter zwei aus Berlin, waren durch das glühende Metall übel zugerichtet worden.

Schirme für vergheliche Leute und solche, die vom Regen über- rächt werden, wird es vom Sonntag ab in Berlin reichweise geben. Ein Unternehmmer macht jedoch bekannt, daß vorläufig an zirka 40 Stellen Schirme für Herren und Damen gegen eine Leihgebühr von 10 Pf. abgegeben werden. Beteiligt sind daran in erster Linie Bedürfnisanstalten, Zigarrenschäfte, Barbiers, Restauratoren usw. Vorläufig sind die meisten Ausgabestellen im Westen, doch sollen auch in anderen Stadtteilen später Schirme zu haben sein. Die Einrichtung ist derart gedacht, daß der Schirmleiher gegen Erlegung von 2 M. Pfand einen Schirm erhält und eine Karte, die er mit seinem Namen und Adresse ausfüllt. Daraufhin wird am nächsten Tage der Schirm aus seiner Wohnung abgeholt und die Leihgebühr von 10 Pf. bei Wiedererhaltung des Pfandgeldes abgezogen. Diese Einrichtung ist in amerikanischen Städten bereits eingeführt.

Mit dem Beginn der Schulferien haben sich auch die Verkehrs- unfälle in auffälliger Weise gehäuft. Hauptächlich sind es Kinder, welche unter Fußworte geraten und überfahren werden oder in anderer Weise verunglücken. So geriet gestern der achtjährige Schüler Silbermann unter eine Droßke und erlitt einen doppelten Beinbruch. — In der Seestraße wurde der 13jährige Sohn des Arbeiters Schulz, als er beim Spielen auf dem Bahrdamm gegen einen Lastwagen rannte, überfahren und schwer verletzt. — Der 12jährige Knabe Hartwig lief beim Spielen vor dem Hause Kasanien-Allee 82 gegen die Vorderplattform eines Straßenbahnwagens, geriet unter denselben und erlitt ebenfalls nicht unerhebliche Verletzungen. — In der König-Charsee wurde die elfjährige Veria Richter von einem Radfahrer niedergestoßen und trug einen Bruch des rechten Unterarmes davon.

Ein unbekannter Toter. Am Dienstag, 10. d. M. ist am Ufer der Dahle in Grinaw die Leiche eines zirka 40 Jahre alten Mannes aufgefunden worden. Der Tote ist 1,65 Meter groß, kräftig gebaut, bartlos, hat anscheinend dunkle Haare und war bekleidet mit grauem Jackett, schwarzer Hose, grauen Hosenträgern, graugestreiftem Flanellhemd, R. H. gezeichnet. Die Leiche scheint einige Tage im Wasser gelegen zu haben. Wer über die Persönlichkeit Auskunft geben kann, wolle sich bei der Oberförsterei Grinaw resp. im Volkspolizeipräsidium am Alexanderplatz, Zimmer 822 II, möglichst in den Vormittagsstunden melden.

Haltet eure Kinder! Gestern vormittag wurde ein etwa 35jähriger, sein geldedter Name abgefaßt, als er in dem Hausflur eines in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes belegenen Hauses ein Kind geschlechtlich zu mißbrauchen versuchte. Der saubere Patron wurde von Passanten abgefaßt, von einem Hausdiener dingfest gemacht und dann von einem Schynmann zur Wache transportiert. Die Frechheit, mit der am hellen lichten Tage in einer der belebtesten Straßen solche Untat verübt wurde, rechtfertigt die an die Spitze dieser Notiz gestellte Warnung.

Von einem großen Verlust auf der Hochbahn zwischen Zoologischen Garten und Köpenicker Tor ist der Arbeiter Berthold betroffen worden. Selbiger verlor ein Portemonnaie mit 24,85 M. Inhalt. Dem Vermissten, der für das Geld auskommen muß, wäre es ein großer Gewinn, wenn der ehrliche Finder daselbe Wilmerdorf, Uhländstr. 70 gegen gute Belohnung abgeben würde.

Zu unserer vorgestrigen Notiz über das rücksichtslos schnelle Fahren der Automobile an den Haltestellen der Straßenbahn, worin wir berichteten, daß der Postbote Karl Roglich durch das Droßkenschonmobil Nr. 9840 überfahren worden ist, teilt uns der betreffende Chausseur mit, daß er eine ganze Zeit lang sehr langsam neben der Straßenbahn gefahren sei. Der betreffende R. sei, als der Straßenbahnwagen noch nicht völlig still stand, abgesprungen, und bei dieser Gelegenheit sei derselbe mit dem Auto in Verührung gekommen. R. habe dabei einen Schreck bekommen und ist darauf erst der Unfall passiert.

Die Treptow-Sternwarte, welche täglich von 2 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts geöffnet ist, wird ausnahmsweise am Sonnabend,

den 14. Juli, zur Beobachtung der Venus bereits vormittags um 10 Uhr geöffnet. An diesem Tage steht die Venus im Sternbilde des Löwen und kommt mittags 12 Uhr mit dem hellsten Stern Regulus in Konjunktion. Die Venus steht um diese Zeit 1 Grad 10 Minuten nördlich vom Regulus, so daß beide Gestirne zugleich im Gesichtsfelde des Suchers zu sehen sind. Durch eine Feinbewegung des großen Fernrohrs ist es möglich, beide Objekte hintereinander jedem Besucher zu zeigen, so daß auch der Laie den großen Unterschied zwischen dem Aussehen eines Planeten und eines Fixsternes unmittelbar wahrnehmen kann. — Am Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 5 Uhr, spricht Direktor Archenhold über: „Unser Wissen vom Erdinnern“ und um 7 Uhr über: „Die Venus am Tage“, und am Montagabend 9 Uhr über: „Die Wohnbarkeit der Welten“. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Sonne und Venus, abends ein Doppelstern und der Ringnebel in der Leier beobachtet.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam durch Unvorsichtigkeit in der Plantagenstr. 43 Feuer aus, das Gardinen ergriff. Weiter u. a. brannten Rebanstr. 51. Gleichzeitig mußte der 17. Zug einen Kellerbrand in der Oranienstr. 110/111 löschen. Gardinen und Möbel waren abends in der Schlegelstr. 10 in Brand geraten. Ein Schornsteinbrand wurde aus der Rudowstr. 6 gemeldet. In der Bornsdorferstr. 10 brannte die Gaskumhüllung eines Kronleuchters und anderes und in der Schwedterstraße Strach an einem Baum. Der 11. Zug wurde wegen eines Kellerbrandes nach der Willibald Alexiostr. 28 gerufen. Porphyrbrannt dort.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Anklage, die wegen des bekannten Ostervergnügens des Wahlvereins gegen unsere Genossen Dbst und Dümlig eingeleitet wurde, hat am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Moabit ihre Erledigung gefunden. Ersterer ist zu einer Geldstrafe in der Höhe von 30 M. verurteilt worden, während letzterer freigesprochen wurde, da er in keiner Weise für die Veranstaltung des Vergnügens verantwortlich gemacht werden konnte. — Wir werden noch darauf zurückkommen, wenn das schriftliche Urteil vorliegt.

Charlottenburg.

Bei den Nachwahlen zu Weisthem zum hiesigen Gewerbegericht erhielten im 3. Bezirk die Arbeitnehmerkandidaten der Gewerkschaftskommission 1677 Stimmen, auf die von den vereinigten Innungen aufgestellten Kandidaten entfielen 66 Stimmen und auf die Kandidaten der freien Gewerbetreibenden 62 Stimmen. Im 6. Bezirk, wo nur die Wahl eines Arbeitgebers zu vollziehen war, trug Genosse Mertens, Restaurateur, von den freien Gewerbetreibenden, den Sieg mit 28 gegen 22 Stimmen des Innungskandidaten davon. Wir ersuchen hiermit nochmals die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, rege für die Sammlungen der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sowie der ausgesperrten Buchbinder zu sorgen. Sammelstellen sind beim Genossen Joh. Scheible, Bismarckstr. 35, zu haben.

Der Ausschus der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Die Charlottenburger Brücke im Zuge der Charlottenburger Chaussee geht nunmehr ihrer Vollendung entgegen. Gegenwärtig werden die Brückenköpfe hergestellt, deren Hochführung bis Ende dieses Monats beendet sein dürfte. Inzwischen sind im Zuge der Charlottenburger Chaussee die Anrampungsarbeiten in Angriff genommen, welche durch die Höherlegung der Straße um einen Meter notwendig geworden sind. Die Freigabe der neuen Brücke wird Ende September erfolgen.

Rigdorf.

Böse Erfahrungen hat der 30 jährige Schlosser Karl Sch. aus der Hertzstraße in Rigdorf in der gestrigen Nacht machen müssen. Er hatte sich einen so gewaltigen Rausch angetrunken, daß ihm schließlich das Bewußtsein schwand. Mehrere in dem Lokal anwesende Gäste nahmen sich des Besinnungslosen an und trugen ihn in feierlichem Zuge nach seinem Hause, wo sie ihn sanft vor der Haustür niederlegten. Als Sch. frühmorgens auf der Straße erwachte, machte er die unangenehme Entdeckung, daß ihm Uhr und Portemonnaie fehlten. Der Verdacht, die Diebhand verübt zu haben, lenkte sich auf den 17 jährigen wohnungslosen Otto Brumm, der sich an dem Transport der „Bierleiche“ beteiligt hatte. B. wurde auch gestern überführt und verhaftet.

Zehlendorf.

Recht gewissenhaft vertritt die Zehlendorfer Gemeindevertretung die Interessen der Allgemeinheit. Bekanntlich wurden vor einigen Jahren einmal 200 M. aus Gemeindegeldern für ein Leinwandstück des Kriegervereins bewilligt. Diefem Fall hat sich in neuester Zeit ein anderer angeschlossen, und zwar anlässlich des zehnjährigen Stiftungsfestes des patriotischen Radfahrervereins „Hohenzollern“. Hier hat sich der Gemeindevorstand recht splendid gezeigt, indem er genanntem Verein eine kostbare Bowle und einen Pokal im Werte von über 300 M. stiftete. Es dürfte nach der jeweiligen Zusammenlegung des Zehlendorfer Gemeindeparlamentes dem Gemeindevorstand sicher auch nicht schwer fallen, diese aus Gemeindegeldern gemachte Schenkung vor der Gemeindevertretung zu begründen. Er darf der freundigen Zustimmung der „Gemeindevertreter“ durchaus sicher sein. Sind es doch schließlich die Söhne der Gemeindevertreter, denen dieses Geschenk gemacht worden ist. Diefem Fall verdient aber ein anderer gegenübergestellt zu werden. Vor einigen Tagen machte nämlich die Gemeindegemeinschaftlichen Ausflug, wozu jedes Kind 10 Pfennig mitzubringen hatte, um die bei dem Ausflug entfallenden Kosten, welcher Art sie auch sein mögen, zu decken. Hier hätte die Gemeindevertretung ihre Freigebigkeit einmal anbringen können, indem sie den armen Kindern eine Freude bereiten konnte. Dafür hat jedoch das Zehlendorfer Gemeindeparlament kein Verständnis. Die Zehlendorfer Arbeiter-schaft wird von dieser Gemeindevertretung sicher nicht sehr erbaut sein.

Schwargendorf.

Aus der Selbstmordchronik. Zu dem Gerücht von einem Morde gab eine Entdeckung Veranlassung, welche gestern in Dahlem gemacht wurde. An der Ecke der Altenstein- und Zietzenstraße fand man den 35jährigen Gärtner Albert Lachmann in einer Wulstschneidemaschine vor. Die Kehle des L. war fast vollständig durchgeschnitten. Da der Schwerverletzte noch schwache Lebenszeichen von sich gab, so wurde er sofort in das Kreiskrankenhaus Groß-Ziethenfelde gebracht, starb aber bereits am Ende des Transportes. Auf Grund einzelner seltsamer Nebenumstände glaubte man anzunehmen, daß hier ein schweres Verbrechen vorliege, doch hat die Untersuchung ergeben, daß L. sich selbst die Kehle durchgeschnitten hat. In einem Anfall von Geistesstörung hatte er sich zu der unfeligen Tat hinreißer lassen.

Treptow-Daumschulenkweg.

Eine seltsame Ueberraschung wurde unseren Gemeindegliedern zuteil. Sie erhielten eine „Zeremonienzugulose“ von 4,50 M., ohne daß sie es erwartet hatten. Vor Weihnachten faßte die Gemeindevertretung bekanntlich den Beschluß, den Beamten und Arbeitern, welche unter 2000 M. Gehalt beziehen, eine Weihnachtsgartifikation zu gewähren, welche gleichzeitig eine kleine Zeremonienzugulose sein sollte. Hierzu wurden tausend M. bewilligt. Diese Summe wurde durch den Gemeindevorstand verteilt und die Straßenarbeiter gingen damals leer aus. Einer Anfrage unserer Genossen Hofmann und Gramenz in der Gemeindevertretung über die Nichtdurchführung des Beschlusses der Gemeindevertretung begegnete man

mit ausweichenden Antworten. Wo stammten nun auf einmal die 60 M., um diese Summe handelt es sich, her? Hat diese die Gemeindevorstellung bewilligt? Im übrigen ist es bezweifelhaft für den herrschenden Geist in der Gemeindevorstellung, die Arbeiter mit einer solch lächerlichen Summe abzutun.

Weihensee.

Eine außerordentlich hart besuchte Versammlung nahm am Montagabend bei brüderlicher Schwüle Stellung zu den Maßnahmen des Herrn Dr. Pape, die Amtsenthebung des Vorstandes der Ortskrankenkasse sowie die partielle Führung der Geschäfte als Gewerbebetriebsvorhaben betreffend. Der größte Saal des Ortes, der Balchampetere des Schlosses Weihensee, erwies sich als zu klein, die zahlreichen Versammlungsbesucher zu fassen. Der seines Amtes enthobene Vorsitzende der Krankenkasse, Genosse Kestle, gab in längeren Zügen den Streit des Vorstandes der betreffenden Kasse mit der Aufsichtsbehörde, den wir bereits veröffentlicht haben, bekannt. In der Diskussion bedauerte der Kandidat der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Genosse Kohn, die unverantwortlichen Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, besonders bezugnehmend auf die Anschaffung von Professorenbüchern über „Alkohol und Gesundheit“ mied er nach, daß die einzelnen Staatsregierungen bisher beschränkt waren, mit Hilfe der Krankenkassen Volksgelunden entgegenzuwirken. Er könne den Standpunkt des Herrn Dr. Pape nur dann verstehen, wenn dieser Herr der Meinung ist, der Alkoholgenuß sei nur in den oberen Schichten der Bevölkerung von verderblicher Wirkung. Genosse Dr. Vornstein unterzog noch vom medizinischen Standpunkte das Verhalten der Aufsichtsbehörde einer gehörigen Kritik und forderte die Arbeiterschaft auf, gegen die Mißwirtschaft solcher Behörden energisch Front zu machen. In der Diskussion beteiligten sich ferner die Genossen Wehler, Hengel, Haß und Hohenstein im Rahmen der vorhergehenden Referate. Sie bewerteten allgemein, daß man einen so arbeitserfindlich gesinnten Mann noch länger auf seinem Posten lasse. Die Genossen Schmutz, Hengel und Kohn gaben ihre gemachten Erfahrungen mit Herrn Dr. Pape als Gewerbebetriebsvorhaben den Versammelten zur Kenntnis. Die Beifallsbezeugungen und Entrüstungsrufe gaben Kenntnis davon, daß die Arbeiterschaft nicht länger gewillt ist, sich von einem Manne bedröckeln zu lassen, der sein Amt in dieser Weise führt, und dadurch das Vertrauen objektiven Urteils verloren hat. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute im größten Saale des Ortes stattfindende außerordentliche Versammlung beauftragt die Leitung derselben, dem Herrn Regierungspräsidenten sowohl als auch dem Gemeindevorstand folgende Protestresolution zu unterbreiten:

Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen die Gewaltmaßnahmen, die sich der besetzte Schöffe Herr Dr. Pape in jüngster Zeit als Dezernent einzelner Verwaltungszweige hat zuschulden kommen lassen. In erster Linie protestieren die Versammelten gegen das ungebührliche Unrecht, die Amtsenthebung des Gesamtvorstandes der Ortskrankenkasse, welche aus Gründen geschah, die jeder gesetzlichen Unterlage entbehren. Die Versammelten, unter ihnen viele Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse, sind im Gegenteil der Meinung, daß die ihres Amtes enthobenen Vorstandsmitglieder der betr. Krankenkasse nach wie vor das volle Vertrauen besitzen, dieses Institut nach bestem Wissen und auch nach dem Willen der Mitglieder verwaltet zu haben.

Die Versammelten erwarten von dem Herrn Regierungspräsidenten die Aufhebung der kommissarischen Verwaltung und die Einsetzung der bisherigen Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse in ihre alten Rechte baldigst in die Wege zu leiten.

Die Versammelten erwarten ferner von dem Gemeindevorstand, Herrn Bürgermeister Dr. Bösch, die Entsetzung des Herrn Dr. Pape als Dezernent der Aufsichtsbehörde zur Krankenkasse, da die Mitglieder das Vertrauen zu diesem Herrn verloren haben und zu befürchten ist, ihres Rechte als Mitglieder noch mehr wie bisher verlustig zu gehen.

Die Versammelten sprechen ferner Herrn Dr. Pape jedes soziale Verständnis auf allen Gebieten der Arbeiterfürsorge ab, da sein bisheriges Verhalten als Gewerbebetriebsvorhaben jeder Objektivität entbehrt und den Anschein der Parteilichkeit gegen die Arbeiter erweckt hat. Die Versammelten erwarten daher auch von den Gemeindevorstandern, daß bei der Wahl der Gewerbebetriebs-Vorsitzenden Herr Dr. Pape nicht mehr berücksichtigt wird.

„Sie sind mein Untergebener, Herr Taubmann!“ Diese Worte glaubte der derzeitige Dezernent der Weihensee Ortskasse gegen den Genossen Taubmann richten zu müssen, als er in der letzten Gemeindevorstellung Erklärung haben wollte über die Gründe, die zur Amtsenthebung des alten Kassenvorstandes geführt haben. Taubmann ist seit einiger Zeit Beamter der Kasse, das kann ihn indes nicht hindern, in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher von Dr. Pape Aufklärung zu verlangen. Außer dem Genossen Taubmann benötigte auch Genosse Peufert die Gelegenheit, als es sich um die Zustimmung zu einem Vertrage über die Annahme einer Gemeindevorstandes aus dem Auditorium des Auguste Viktoria-Krankenhauses handelte, auf den Streit der Aufsichtsbehörde mit der Krankenkasse zu sprechen zu kommen. Auf die Aufforderung, nach welchen Gesetzesbestimmungen er (Dr. Pape) seine Maßnahmen getroffen habe, lautete die Antwort: Ueber die Krankenkassenangelegenheit gebe er überhaupt keinen Aufschluß. In der nächsten Sitzung gedenken unsere Genossen die Sache nochmals zur Sprache zu bringen. Wir werden abwarten, ob sich eine Gemeindevorstellung vor den Toren Berlins von seiner ersten Beamten so weit degradieren läßt, daß er die von seiner Seite unternommenen Maßnahmen der Gemeindevorstellung gegenüber nicht zu beantworten braucht.

Gerichts-Zeitung.

Der Irrtum des Sachverständigen.

Infolge verwickelter Provisionsverhältnisse stritten sich der Reisende Hans A. und der Nähmaschinenhändler Friedrich L. vor dem hiesigen Kaufmannsgericht um die Abrechnung, indem jeder behauptete, von dem anderen noch ein beträchtliches Guthaben fordern zu können. Das Gericht zog, um die Sache zu klären, auf Antrag des Beklagten L. das Gutachten des gerichtlich vereidigten Sachverständigen G. ein und lud Herrn G. zur Verhandlung vor. Der Kläger A. protestierte lebhaft gegen die vom Gutachter angefertigte Aufstellung, wonach er dem Beklagten noch mehrere hundert Mark schuldig wäre. Der Sachverständige mußte sich geirrt haben. Er beantragte das Gegengutachten eines von ihm (dem Kläger) vorgeschlagenen Sachverständigen einzusetzen. Der Vorsitzende unterwarf dem Kläger, an dem Gutachten so scharfe persönliche Kritik zu üben; inzwischen hatten aber zwei Weisler die Aufstellung des Gutachters einer Nachprüfung unterworfen und hierbei einen Buchungsfehler von 184 M. zuungunsten des Klägers entdeckt. Nach längerer Besprechung mit den Weislern mußte der gerichtlich vereidigte Sachverständige den Fehler zugeben und sich protokollarisch berichtigen. — Auf Grund der beranderten Sachlage verglichen sich die Parteien. Die Verhandlung zeigt, wie zweckmäßig die Besetzung der Gerichte mit Sachverständigen ist.

Verfallene Kaution.

Vor der hiesigen Strafkammer sollte gestern der Landwirt Karl Heimann wegen einer Reihe Kreditmisswandelungen sich verantworten, die er unter der Fäulnis eines Hauptmanns A. D. und Mitterguttschäfers verübt haben soll. Er war seinerzeit verhaftet, aber gegen Stellung einer Kaution von 5000 M. freigelassen. Im Termin erschien der Angeklagte nicht. Er war, wie er in einem Attest mitteilte, angeblich auf einer Badereise begriffen. Das Gericht beschloß die Verhandlung zu vertagen, den Angeklagten wieder verhaften zu lassen und die Kaution von 5000 M. für verfallen zu erklären, wenn der Angeklagte nicht binnen einer Woche ein Attest eines beamteten Arztes beibringen würde.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Einnahmen aus der Kuppelsteuer (Pöbelwirtschaft) unterliegen nicht der Besteuerung.

Ein Herr Kofke, der gleich seiner Ehefrau in dadurch bekannten Straßen Flensburg und Niels in eigenen Häusern möblierte Zimmer an Kontrollmädchen vermietet, war angeklagt auf Grund des § 10b des Einkommensteuergesetzes, wonach bestraft wird: Wer wesentlich in der Steuererklärung oder bei Beantwortung der von zuständigen Stellen an ihn gerichteten Fragen oder zur Begründung eines Rechtsmittels steuerpflichtiges Einkommen, welches er anzugeben verpflichtet ist, verschweigt. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, in Steuererklärungen Einkommen aus dem Vermieten der Zimmer an die Prostituierten, sowie das Einkommen aus dem Bier- und Weinderwerb an die Gäste der Wirtinnen zu niedrig angegeben zu haben. Wegen der falschen Angabe des Einkommens aus dem Verkauf von Bier und Wein wurde er zu einer höheren Geldstrafe verurteilt. Hinsichtlich der Einkommen aus dem Vermieten an die Prostituierten sprach ihn jedoch das Landgericht Flensburg frei, weil sie der Kuppelsteuer entfliehen. Das Kammergericht, das dieser Tage als Revisionsinstanz sich mit der Sache befaßte, verwies zwar aus anderen, hier nicht interessierenden Gründen die Sache nochmal an die Vorinstanz zurück, billigte aber ausdrücklich das Urteil des Landgerichts, soweit es sich auf die steuerrechtliche Bewertung des Einkommens aus dem Vermieten der Zimmer an die Mädchen und aus dem Verkauf von Bier und Wein an deren Gäste bezieht. In der Begründung führte das Kammergericht aus: Das Einkommen aus dem Vermieten der Zimmer sei allerdings Einkommen „aus dem Gewerbe“ gemäß § 7 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes. Der Straffenausschlag nehme aber mit dem Landgericht und in Übereinstimmung mit dem Oberverwaltungsgericht an, daß das Gesetz nur mit dem Einkommen aus einer gewerblichen Tätigkeit, die objektiv erlaubt sei, rechnen könne. Der Staat könne sich nicht bereichern mit Steuern aus dem Ertrage einer Tätigkeit, die verboten sei, wie die Kuppelerei, um die es sich hier bei dem gewerbemäßigen Vermieten der Zimmer an Kontrollmädchen handele. Der Staat könne nicht sagen: „Du hast nun einmal gekuppelt und ein Gewerbe daraus gemacht, also bist Du mit steuerpflichtig.“ Habe aber das fragliche Einkommen nicht der Steuer unterliegen, so hätte es Angeklagter in den Steuererklärungen usw. überhaupt nicht angeben brauchen, und könnte nicht wegen Verschweigens solchen Einkommens bestraft werden. Anders verhalte es sich mit dem Einkommen aus dem Wein- und Bierverkauf. Dieser sei objektiv erlaubt, und daß er hier mit der Kuppelerei zusammen fiel, wäre nur ein Zufall. Wegen der falschen Angaben über das Einkommen aus dem Wein- und Bierverkauf habe das Landgericht den Angeklagten mit Recht für strafbar erklärt, wie es andererseits mit Recht die Strafbarkeit wegen der Angaben über den Kuppelvertrag (Weißertrag) prinzipiell verneint habe. — Wunderliche Rechtsordnung: das Gesetz bedroht Kuppelerei mit Strafe, in verschiedenen Städten werden aber Vorderinhaber strafrechtlich nicht verfolgt und sind nun gar auf steuerrechtlich frei. Wer durch raffisches Schutten im ehelichen Erwerb mühsam sich und die Seinigen ernährt, muß aus seinem Erwerb Abgaben dem Steuersiskus machen. Wer aber einen unehelichen Erwerb betreibt, braucht nichts zu blechen.

Verleitung zum Meineid durch einen Pfarrer. Das Reichsgericht verhandelte gestern über die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Landgerichts Waldobrunn vom 13. März, durch das der katholische Pfarrer Michael Gaisert von der Anklage wegen Verleitung zum Meineid in einer Wahlangelegenheit freigesprochen worden war. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Freiburg i. B.

Aus der Frauenbewegung.

Die Wäschereien von Baden (Niederösterreich) haben soden einen Streik beendet, der nach kurzer Dauer zu einem Siege der Arbeiterinnen führte. Die Forderung auf Erhöhung des Lohngelohns auf drei Kronen und die Verkürzung der Arbeitszeit von 18 auf 11 Stunden wurde bewilligt. Ueberstunden werden mit 50 Prozent Lohnzuschlag vergütet.

Zur Verächtigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am 6. Juli, in dem „Der Stein der Weisen“ bestellten Auffay, wird eine A. P. unterzeichnete Arbeit im Berliner Tageblatt“ besprochen und als Erläuterung neben die Chiffre mein Name, Anna Pappriß, gesetzt. Ich erkläre hiermit, daß ich diesen Auffay im Berliner Tageblatt nicht geschrieben habe, daß ich außerdem niemals mit Chiffre zeichne, sondern immer nur mit meinem vollen Namen.

Hochachtungsvoll Anna Pappriß.

Von anderer Seite erhalten wir die Mitteilung, daß die Verfasserin des Auffayes im „Berliner Tageblatt“ Anna Plothow heißt. Wir bedauern natürlich, mißverständlicherweise Fräulein Pappriß unrecht getan zu haben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

- Röpenitz. Sonntag, 15. Juli: Kaffertpartie nach Rieckmal. Treffpunkt 1 Uhr, Hauptplatz, Abmarsch 2 Uhr.
- Wris. Sonntag, 15. Juli: Familienausflug nach Johanniethal bei Senfleben. Abmarsch 1 1/2 Uhr ab Weniger und 2 Uhr ab Aufschlag.
- Weihensee. Montag, 16. Juli: Ausflug nach dem Restaurant „Sommerlust“ zu Schulendorf bei Zegel. Treffpunkt 7 1/2 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Schloß Weihensee.
- Friedrichshagen. Montag, 16. Juli: Im „Wilhelmsbad“, Sectr. 45, Versammlung. Genossin Kiesel über: Der Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf das Familienleben.
- Lichtenberg. Montag, 16. Juli: Generalversammlung bei Gehr. Arnholdt. Genossin Jakobson über: Die Arbeiterin im Kampfe ums Dasein.
- Treptow-Baumfäulenweg. Mittwoch, 18. Juli: Kinderfest in Speers Festsälen, Baumfäulenweg, 78.
- Tempelhofer-Mariendorfer-Mariensiedel. Mittwoch, 18. Juli: Versammlung bei Müller, Tempelhofer. Genossin Schmidt über: Die Idee des Gottesbegriffes.
- Teltow. 26. Juli bei Fichtenhagen. 18. August Stichtungsfest.
- Verlin. Der Ausflug nach Treptow, Viktoriagärten, findet unständehalber nicht am 16., sondern am Montag, den 30. Juli, statt.

Versammlungen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgebend. Aufschubführung vom 8. Juli 1906. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Frage, betreffend das Verhalten des Vorsitzenden des „Rixdorfer Männerchor“ wegen der Aussperrung der Steindrucker endgültig dahin beantwortet, daß, nachdem die maßgebenden gemeinschaftlichen Instanzen sich zu dieser Frage geäußert haben, dem Sangesbruder seitens des Bundes ein Vorwurf nicht zu machen sei. Ausgenommen in den Bund wurden die Vereine „Humanität“, Sängerbund Neutruppin“ und „Einigkeit“-Wiesenthal. Der Vertreter des Sängerbundes Rathenow gab einen längeren Bericht über das Provinzial-Sängerfest in Rathenow. Hier anschließend wurde bekannt gegeben, daß der Sonderzug am Sonntag, den 14. Juli, abends 8,08 Uhr dem Rehter Bahnhof abgelaufen wird, und daß zu diesem Zuge die Bahkkarten am Freitag, den 13. Juli, abends zwischen 8 und 8 Uhr im Wartesaal des Rehter Bahnhofes vom Vorstande zu entnehmen seien. Die Vereine werden aufgefordert, für das Sängersfest in Friedriehshagen am 5. August rege Agitation zu betreiben und sich den Vorverkauf der Billette recht angelegen sein zu lassen. Der Verein „Sozialistischer Männerchor in San Francisco“, welcher durch das Erdbeben sämtliches Vereinsinventar verloren hat, ersucht Inferatentell derganzw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

um Uebereinstimmung von Notenmaterial und um die Bilder unserer Verknüpfung. Der Ausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß seitens des Vorstandes circa 15—20 Sätze Stimmen verschiedener Vieder nach dort übermittelt werden; die Bilder will die Verlagshausbuchhandlung des „Vorwärts“ senden. Von einem Konzert, welches der Verein „Rixdorfer Männerchor“ mit dem Sängerbund in „Colpzig-Thonberg“ am 11. August veranstaltet, wird Mitteilung gemacht. Die Vereine „Fleiss“ und „Einigkeit“ in Pankow haben sich zu einem Verein zusammengetan und führt dieser den Namen „Vereinigte Sängere“.

Central-Kronen- und Negarbinidkaffe der Zaitler und Bernis genossenen Deutschlands „Festung“ (S. 64. Verwaltungshaus Berlin). Sonnabend, den 14. Juni 1906, abends 9 Uhr, im Lokale von G. Wehnacht, Wehnachtstr. 21. Quartalsversammlung. Wohl des halben Vorstandes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. Juli, vormittags 8 1/2 Uhr im Rathause (Eingang Fichtenhagen), Saal 109: Versammlung. Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Rehtlein Ida Wilmann über: Der Darwinismus und die katholische Kirche. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Neue Sitzung bei Glöck. Kolonnenstr. 13. 1. Fortsetzung der Diskussion über „Christentum und Sozialdemokratie“. 2. Stellungnahme und Wahl der Delegierten zur Bundeskonferenz. Ausgabe der Drohschüre von Stern: Der Zukunftsstaat.

Les- und Diskussionsklub „Norden“. Sitzung heute abends 8 1/2 Uhr bei Rosy, Elisabethstr. 18. Diskussion über: „Massekritik, Partei und Gewerkschaft“. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unfälle.

Köln, 11. Juli. Der Zug Calais-Basel fuhr im Bahnhof Köln-Mühlur-Summe in einen Güterzug hinein. Der Lokomotivführer und fünf Reisende des Zuges Calais-Basel wurden verwundet; die Lokomotive und mehrere Waggons des Güterzuges wurden vollständig zerstört, das Eisenbahngebäude und ein benachbartes Haus stark beschädigt.

Budapest, 12. Juli. Der von Sillein kommende Personenzug fuhr infolge falscher Weichenstellung bei der Einfahrt in die Station Trencsin auf einen Laifzug. Zwei Waggons wurden zerstört und 11 Personen, darunter zwei schwer, verletzt.

Automobil-Omnibus-Unfall. London, 12. Juli. Bei Handcock in der Nähe von Crantley (Sussex) fuhr heute ein Automobil-Omnibus, da die Bremsvorrichtung versagte, einen Abhang hinunter. Sechs Personen wurden getötet, zwanzig verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. 17. Ja, oder Ihr Name kann auf der Postliste festgestellt und Sie können dann verhört werden. — G. S. 37. 1. Die Klage wäre gegen den Mann beim Amtsgericht zu erheben, hat aber wenig Aussicht auf Erfolg, wenn Sie einen der hier üblichen Weissträger unterrichten haben. 2. Nein. — G. S. 63. Haben Sie mit dem Mieter einen Jahrespreis vereinbart, so ist er im Recht. — G. S. 110. Ramesweg sind Sie zur Rückgabe der Geschenke verpflichtet, die Ihnen ein nicht mit Ihnen verlobter Verehrer gemacht hat. — W. D. 18. 1. Ihre Frau ist nicht strafbar. 2. Sie sind an den von Ihnen beschriebenen Vertrag nicht gebunden. — H. S. 50. 1. Nein. 2. Sie könnten auf Verletzung der ehelichen Gemeinschaft klagen. — S. O. Ja. H. S. 2. Fäulnisworte. Eine Schadenersatzklage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, weil ein Verstoß gegen die mangelnde Achtung des Verlehrs nachgewiesen werden müßte. Als völlig aussichtslos lasse sich eine Klage nicht bezeichnen. Der Vergleich erscheint annehmbar. — G. W. 77. Leider können wir den Namen nicht mitteilen. — Schluß. Unhöfliches Benehmen soll nachsichtig sein. — S. J. Unvorsichtige Auskunft über Auswanderungsangelegenheiten erhalten Sie in der amtlichen Auskunftstelle Sachlingstr. 4. — S. S. 117. Das ist uns nicht möglich. Es ist aber unter allen Umständen vorzuziehen zu warnen, die briefliche Stellung u. dergl. vorzuziehen. Wenden Sie sich an einen hiesigen Spezialisten. — G. S. Zehle 1906. Wenden Sie sich an den Vorstand der Handlungsgesellschaft, Neue Friedrichstr. 20. — H. S. 2. 101. 1. Nein. 2. Ja. — S. G. 210 702. — G. S. Wegen Sie dem Bundesratsgericht die Sachlage dar und lassen Sie Ihre Braut richterliche Urangung der Einwilligung beantragen. — S. S. 68. 1. Nur durch Föndung in seiner Wohnung. 2. Es gibt keine gesetzliche festgelegte Höhe. Der Richter hat angemessene Höhe festzusetzen. 3. Entbindung. und Schwöcherkosten. 4. Sie können sich an die Charité oder die Universitäts-Frauenklinik, Weißbierstr. 20, wenden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markttän-Direktion. Am 12. Juli 1906, morgens 8 Uhr. Weizen, 100 Pfd., 1. 47-48, 2. 46-47, 3. 45-46, 4. 44-45, 5. 43-44, 6. 42-43, 7. 41-42, 8. 40-41, 9. 39-40, 10. 38-39, 11. 37-38, 12. 36-37, 13. 35-36, 14. 34-35, 15. 33-34, 16. 32-33, 17. 31-32, 18. 30-31, 19. 29-30, 20. 28-29, 21. 27-28, 22. 26-27, 23. 25-26, 24. 24-25, 25. 23-24, 26. 22-23, 27. 21-22, 28. 20-21, 29. 19-20, 30. 18-19, 31. 17-18, 32. 16-17, 33. 15-16, 34. 14-15, 35. 13-14, 36. 12-13, 37. 11-12, 38. 10-11, 39. 9-10, 40. 8-9, 41. 7-8, 42. 6-7, 43. 5-6, 44. 4-5, 45. 3-4, 46. 2-3, 47. 1-2, 48. 0-1, 49. 0-1, 50. 0-1, 51. 0-1, 52. 0-1, 53. 0-1, 54. 0-1, 55. 0-1, 56. 0-1, 57. 0-1, 58. 0-1, 59. 0-1, 60. 0-1, 61. 0-1, 62. 0-1, 63. 0-1, 64. 0-1, 65. 0-1, 66. 0-1, 67. 0-1, 68. 0-1, 69. 0-1, 70. 0-1, 71. 0-1, 72. 0-1, 73. 0-1, 74. 0-1, 75. 0-1, 76. 0-1, 77. 0-1, 78. 0-1, 79. 0-1, 80. 0-1, 81. 0-1, 82. 0-1, 83. 0-1, 84. 0-1, 85. 0-1, 86. 0-1, 87. 0-1, 88. 0-1, 89. 0-1, 90. 0-1, 91. 0-1, 92. 0-1, 93. 0-1, 94. 0-1, 95. 0-1, 96. 0-1, 97. 0-1, 98. 0-1, 99. 0-1, 100. 0-1, 101. 0-1, 102. 0-1, 103. 0-1, 104. 0-1, 105. 0-1, 106. 0-1, 107. 0-1, 108. 0-1, 109. 0-1, 110. 0-1, 111. 0-1, 112. 0-1, 113. 0-1, 114. 0-1, 115. 0-1, 116. 0-1, 117. 0-1, 118. 0-1, 119. 0-1, 120. 0-1, 121. 0-1, 122. 0-1, 123. 0-1, 124. 0-1, 125. 0-1, 126. 0-1, 127. 0-1, 128. 0-1, 129. 0-1, 130. 0-1, 131. 0-1, 132. 0-1, 133. 0-1, 134. 0-1, 135. 0-1, 136. 0-1, 137. 0-1, 138. 0-1, 139. 0-1, 140. 0-1, 141. 0-1, 142. 0-1, 143. 0-1, 144. 0-1, 145. 0-1, 146. 0-1, 147. 0-1, 148. 0-1, 149. 0-1, 150. 0-1, 151. 0-1, 152. 0-1, 153. 0-1, 154. 0-1, 155. 0-1, 156. 0-1, 157. 0-1, 158. 0-1, 159. 0-1, 160. 0-1, 161. 0-1, 162. 0-1, 163. 0-1, 164. 0-1, 165. 0-1, 166. 0-1, 167. 0-1, 168. 0-1, 169. 0-1, 170. 0-1, 171. 0-1, 172. 0-1, 173. 0-1, 174. 0-1, 175. 0-1, 176. 0-1, 177. 0-1, 178. 0-1, 179. 0-1, 180. 0-1, 181. 0-1, 182. 0-1, 183. 0-1, 184. 0-1, 185. 0-1, 186. 0-1, 187. 0-1, 188. 0-1, 189. 0-1, 190. 0-1, 191. 0-1, 192. 0-1, 193. 0-1, 194. 0-1, 195. 0-1, 196. 0-1, 197. 0-1, 198. 0-1, 199. 0-1, 200. 0-1, 201. 0-1, 202. 0-1, 203. 0-1, 204. 0-1, 205. 0-1, 206. 0-1, 207. 0-1, 208. 0-1, 209. 0-1, 210. 0-1, 211. 0-1, 212. 0-1, 213. 0-1, 214. 0-1, 215. 0-1, 216. 0-1, 217. 0-1, 218. 0-1, 219. 0-1, 220. 0-1, 221. 0-1, 222. 0-1, 223. 0-1, 224. 0-1, 225. 0-1, 226. 0-1, 227. 0-1, 228. 0-1, 229. 0-1, 230. 0-1, 231. 0-1, 232. 0-1, 233. 0-1, 234. 0-1, 235. 0-1, 236. 0-1, 237. 0-1, 238. 0-1, 239. 0-1, 240. 0-1, 241. 0-1, 242. 0-1, 243. 0-1, 244. 0-1, 245. 0-1, 246. 0-1, 247. 0-1, 248. 0-1, 249. 0-1, 250. 0-1, 251. 0-1, 252. 0-1, 253. 0-1, 254. 0-1, 255. 0-1, 256. 0-1, 257. 0-1, 258. 0-1, 259. 0-1, 260. 0-1, 261. 0-1, 262. 0-1, 263. 0-1, 264. 0-1, 265. 0-1, 266. 0-1, 267. 0-1, 268. 0-1, 269. 0-1, 270. 0-1, 271. 0-1, 272. 0-1, 273. 0-1, 274. 0-1, 275. 0-1, 276. 0-1, 277. 0-1, 278. 0-1, 279. 0-1, 280. 0-1, 281. 0-1, 282. 0-1, 283. 0-1, 284. 0-1, 285. 0-1, 286. 0-1, 287. 0-1, 288. 0-1, 289. 0-1, 290. 0-1, 291. 0-1, 292. 0-1, 293. 0-1, 294. 0-1, 295. 0-1, 296. 0-1, 297. 0-1, 298. 0-1, 299. 0-1, 300. 0-1, 301. 0-1, 302. 0-1, 303. 0-1, 304. 0-1, 305. 0-1, 306. 0-1, 307. 0-1, 308. 0-1, 309. 0-1, 310. 0-1, 311. 0-1, 312. 0-1, 313. 0-1, 314. 0-1, 315. 0-1, 316. 0-1, 317. 0-1, 318. 0-1, 319. 0-1, 320. 0-1, 321. 0-1, 322. 0-1, 323. 0-1, 324. 0-1, 325. 0-1, 326. 0-1, 327. 0-1, 328. 0-1, 329. 0-1, 330. 0-1, 331. 0-1, 332. 0-1, 333. 0-1, 334. 0-1, 335. 0-1, 336. 0-1, 337. 0-1, 338. 0-1, 339. 0-1, 340. 0-1, 341. 0-1, 342. 0-1, 343. 0-1, 344. 0-1, 345. 0-1, 346. 0-1, 347. 0-1, 348. 0-1, 349. 0-1, 350. 0-1, 351. 0-1, 352. 0-1, 353. 0-1, 354. 0-1, 355. 0-1, 356. 0-1, 357. 0-1, 358. 0-1, 359. 0-1, 360. 0-1, 361. 0-1, 362. 0-1, 363. 0-1, 364. 0-1, 365. 0-1, 366. 0-1, 367. 0-1, 368. 0-1, 369. 0-1, 370. 0-1, 371. 0-1, 372. 0-1, 373. 0-1, 374. 0-1, 375. 0-1, 376. 0-1, 377. 0-1, 378. 0-1, 379. 0-1, 380. 0-1, 381. 0-1, 382. 0-1, 383. 0-1, 384. 0-1, 385. 0-1, 386. 0-1, 387. 0-1, 388. 0-1, 389. 0-1, 390. 0-1, 391. 0-1, 392. 0-1, 393. 0-1, 394. 0-1, 395. 0-1, 396. 0-1, 397. 0-1, 398. 0-1, 399. 0-1, 400. 0-1, 401. 0-1, 402. 0-1, 403. 0-1, 404. 0-1, 405. 0-1, 406. 0-1, 407. 0-1, 408. 0-1, 409. 0-1, 410. 0-1, 411. 0-1, 412. 0-1, 413. 0-1, 414. 0-1, 415. 0-1, 416. 0-1, 417. 0-1, 418. 0-1, 419. 0-1, 420. 0-1, 421. 0-1, 422. 0-1, 423. 0-1, 424. 0-1, 425. 0-1, 426. 0-1, 427. 0-1, 428. 0-1, 429. 0-1, 430. 0-1, 431. 0-1, 432. 0-1, 433. 0-1, 434. 0-1, 435. 0-1, 436. 0-1, 437. 0-1, 438. 0-1, 439. 0-1, 440. 0-1, 441. 0-1, 442. 0-1, 443. 0-1, 444. 0-1, 445. 0-1, 446. 0-1, 447. 0-1, 448. 0-1, 449. 0-1, 450. 0-1, 451. 0-1, 452. 0-1, 453. 0-1, 454. 0-1, 455. 0-1, 456. 0-1, 457. 0-1, 458. 0-1, 459. 0-1, 460. 0-1, 461. 0-1, 462. 0-1, 463. 0-1, 464. 0-1, 465. 0-1, 466. 0-1, 467. 0-1, 468. 0-1, 469. 0-1, 470. 0-1, 471. 0-1, 472. 0-1, 473. 0-1, 474. 0-1, 475. 0-1, 476. 0-1, 477. 0-1, 478. 0-1, 479. 0-1, 480. 0-1, 481. 0-1, 482. 0-1, 483. 0-1, 484. 0-1, 485. 0-1, 486. 0-1, 487. 0-1, 488. 0-1, 489. 0-1, 490. 0-1, 491. 0-1, 492. 0-1, 493. 0-1, 494. 0-1, 495. 0-1, 496. 0-1, 497. 0-1, 498. 0-1, 499. 0-1, 500. 0-1, 501. 0-1, 502. 0-1, 503. 0-1, 504. 0-1, 505. 0-1, 506. 0-1, 507. 0-1, 508. 0-1, 509. 0-1, 510. 0-1, 511. 0-1, 512. 0-1, 513. 0-1, 514. 0-1, 515. 0-1, 516. 0-1, 517. 0-1, 518. 0-1, 519. 0-1, 520. 0-1, 521. 0-1, 522. 0-1, 523. 0-1, 524. 0-1, 525. 0-1, 526. 0-1, 527. 0-1, 528. 0-1, 529. 0-1, 530. 0-1, 531. 0-1, 532. 0-1, 533. 0-1, 534. 0-1, 535. 0-1, 536. 0-1, 537. 0-1, 538. 0-1, 539. 0-1, 540. 0-1, 541. 0-1, 542. 0-1, 543. 0-1, 544. 0-1, 545. 0-1, 546. 0-1, 547. 0-1, 548. 0-1, 549. 0-1, 550. 0-1, 551. 0-1, 552. 0-1, 553. 0-1, 554. 0-1, 555. 0-1, 556. 0-1, 557. 0-1, 558. 0-1, 559. 0-1, 560. 0-1, 561. 0-1, 562. 0-1, 563. 0-1, 564. 0-1, 565. 0-1, 566. 0-1, 567. 0-1, 568. 0-1, 569. 0-1, 570. 0-1, 571. 0-1, 572. 0-1, 573. 0-1, 574. 0-1, 575. 0-1, 576. 0-1, 577. 0-1, 578. 0-1, 579. 0-1, 580. 0-1, 581. 0-1, 582. 0-1, 583. 0-1, 584. 0-1, 585. 0-1, 586. 0-1, 587. 0-1, 588. 0-1, 5